

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Juni 1911.

Anzeigepreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 69.

## Beilegung des Konfliktes in Berlin.

Am 20. Juni früh sind die in Frage kommenden Berliner Zeitungen wieder in gewohnter Weise erschienen, wenn auch in etwas kleinerem Umfange noch, da die Inserenten ja nicht vor der Tür stehen und auf die Minute warten, wo alles in den Kiezenzeitungsbetrieben wieder wie am Schnürchen geht. Mit den Mittag- und den Abendblättern vom 20. Juni ist dann vollends alles im alten Geleise gewesen.

Die weiteren Ereignisse des aufs tiefste zu beklagenden Vorkommnisses spielten sich folgendermaßen ab: Uegen die von den drei Firmen Scherl, Mosse und Ullstein & Co. in Extraausgaben sowie durch Säulenanschlag bekanntgegebene Erklärung über die Ursache und den Ausbruch des Konflikts, die unsern Lesern ja in voriger Nummer im Wortlaute mitgeteilt ist, wandten sich die ausständigen Rotationspersonalen — die Hilfsarbeiter beteiligten sich gegen den Willen ihrer Organisation ebenfalls an der Arbeitseinstellung — mit einem an die Berliner Arbeiterschaft gerichteten Flugblatte, darin nach ihrer Behauptung „wahren Sachverhalt“ schildern und der Berliner Bevölkerung wie der Arbeiterschaft das Urteil über ihr Verhalten überlassend. Diese nochmalige Unbesonnenheit hatte jedoch selbst in Arbeiterkreisen nicht den erhofften Effekt, mußte doch selbst der „Vorwärts“, der mit dem Tarifamte nicht zufrieden sowie gegen die drei Zeitungsfirmen und gegen Scherl ganz besonders aufgebracht ist, worauf wir noch zu sprechen kommen, erklären: „Wir haben wahrlich keinen Anlaß, den in den Ausstand getretenen Arbeitern aus dem vorliegenden Anlasse besonders zur Seite zu treten“. Und die „Leipziger Volkszeitung“, die in früheren ähnlichen Fällen in schroffer Form über die Einrichtungen im Buchdruckgewerbe und meistens auch über unsere Organisationsleitung herfiel, sie beschränkte sich diesmal darauf, die umfangreiche Darstellung des „Vorw.“ kommentarlos abzudrucken. Auch diese Blätter gaben also zu erkennen, daß Unzufriedenheit mit dem Arbeitsverhältnisse nicht zu Schritten berechtige, die, um mit dem „Vorw.“ zu sprechen, „an sich sehr begreiflich, aber im Angesicht der Situation im Buchdruckgewerbe sehr unklug waren“. Wir erwähnen das Urteil des sozialdemokratischen Zentralorgans um deswillen besonders, weil es wohl mancherlei bei diesem Vorfall auszuweisen findet, aber das Vorgehen der Scherlschen Rotationsdrucker doch ausdrücklich nicht gutheißt.

Das Tarifamt erließ als Gegenerklärung in den Abendstunden des 17. Juni ebenfalls ein Flugblatt, das in äußerst sachlicher Form den objektiven Sachverhalt zur öffentlichen Kenntnis brachte.

Der Berliner Gauvorstand gab als Antwort auf das Flugblatt der Ausständigen in der Sonntagnummer (18. Juni) des „Vorw.“ neben einer umfangreicheren wahrheitsgemäßen Darstellung des ganzen Hergangs eine besondere Erklärung ab, in der es in bezug auf dieses letztere Flugblatt heißt, es sei geeignet:

nicht nur ein falsches Bild von der augenblicklichen Situation im Berliner Buchdruckgewerbe zu geben, sondern vor allem Unruhe in die Kreise unserer Berufs-

und Verbandskollegen zu bringen. Wir ersuchen deshalb auch auf diesem Weg unsere Kollegen, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern raten dringend, auf jeden Fall die für ein Verbandsmitglied selbstverständliche Disziplin und die Autorität der leitenden Stellen unseres Verbandes zu wahren. Der übrigen Arbeiterschaft empfehlen wir, sich bei Beurteilung der ganzen Konfliktsache nur auf diejenigen Erklärungen zu verlassen, die seitens der Organisation kundgegeben werden.

Am Abend des 17. Juni fand in den „Arminhallen“ eine überfüllte Versammlung der drei Personale statt, in der zu Anfang eine erregte Stimmung herrschte. Da jedoch von den Firmen Mosse und Ullstein & Co. bekannt wurde, daß sie von ihren Rotationspersonalen den Druck des „Totalanzeiger“ nicht mehr verlangen, war hier die Ursache des Konflikts beseitigt, und man erklärte sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. Diese beiden Firmen ließen bis zur Beilegung der Differenzen bei Scherl ihre Blätter aber noch im Verhältnisse zum Umfange des „Totalanzeiger“ reduziert erscheinen. Unsere Schlussbemerkung in voriger Nummer ist deshalb dahin richtig zu stellen, daß in der Sonntagnummer der Ausstand der Rotationsdrucker und deren Hilfsarbeiter bei Mosse und Ullstein schon erledigt war.

Am 18. Juni fand nochmals eine Versammlung der drei Personalen in der „Neuen Welt“ statt. Wiederum überfüllt. Kollege Massini führte in eindringlicher Weise den Versammelten vor Augen, daß das Solidaritätsgefühl nicht so weit überspannt werden dürfe, daß dadurch die gewerkschaftliche Disziplin und die Tarif-treue verlegt würden. Die Buchdrucker seien immer stolz darauf gewesen, im Tarifvertragswesen bahnbrechend und vorbildlich für die deutsche Arbeiterbewegung zu sein. Durch solche Vorgänge aber, wie sie jetzt zu verzeichnen seien, werde dem Tarifgedanken und der ganzen deutschen Arbeiterbewegung unübersehbarer Schaden zugefügt. Eine Resolution, die die Wiedereinstellung des gesamten Rotationspersonals bei Scherl verlangte und Zurücknahme der 37 Ausschüsse forderte, wurde zurückgezogen, da diese letztere Angelegenheit die Berliner Mitgliederversammlung am 21. Juni beschäftigen werde, im übrigen es sich aber hier nur um eine Aussprache handle. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit Massinis Vorschlag einverstanden, daß das ausständige Personal sich an seiner Arbeitsstätte wieder zur Verfügung stellen und durch eine dreigliedrige Kommission nochmals eine gütliche Verständigung mit der Firma Scherl über die Wiedereinstellung versuchen sollte.

Am 18. Juni fand auch eine Vorstandssitzung des Vereins. Deutscher Zeitungsverleger in Berlin statt, die mit Einstimmigkeit folgende Entschliessung faßte und der Öffentlichkeit übergab:

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger nimmt mit besonderer Genugthuung von der Solidarität Kenntnis, mit welcher die Berliner Zeitungsverleger angesichts des eklatanten Tarifbruchs einer kleinen Gruppe von Maschinenmeistern zusammenstehen. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Zeitung der Gehilfenorganisation nichts unerwünscht lassen wird, den gegen den klaren Wortlaut der Tarifgemeinschaft erfolgten Vertriebsbruch rückgängig zu machen. Der

Verein Deutscher Zeitungsverleger richtet an alle Kollegen im Reich die dringende Aufforderung, alles zur Unterstützung der nothleidenden Betriebe zu tun und geeignete Kräfte zur Aushilfe zu beurlauben, selbst wenn dadurch Opfer von dem einzelnen Betriebe gefordert werden. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger erwartet von der Zeitung der Gehilfenorganisation, daß die eintreffenden Aushilfekräfte unbehelligt ihre Arbeit ausüben können.

Weiter erklärten am gleichen Tage noch 15 Berliner Zeitungen sich mit den Firmen Scherl, Mosse und Ullstein solidarisch. Am Schluß ihrer Erklärung heißt es:

Ferner stellen sie ihre Bereitwilligkeit fest, sich nötigenfalls für die Dauer des aufgedrungenen Konflikts in gemeinschaftlicher Entschliessung mit den betroffenen Firmen über gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu verständigen.

Diese Stellungnahme war zwar gegenstandslos, weil der Konflikt eigentlich schon beigelegt war resp. sich im letzten Stadium befand. Wirkte aber schon das Zusammengehen der gedachten drei Zeitungsfirmen verblüffend, weil es das erstmal in Deutschland war, daß in ihren Tendenzen mehr oder weniger voneinander abweichende Blätter bei Differenzen in einem ihrer Betriebe gemeinsame Sache machten, so ließ die Solidaritätserklärung von 15 weiteren Zeitungen die außerordentliche Schwierigkeit der Situation erst in vollem Umfang erkennen. Das lesende Publikum, das auf Erfüllung der durch das Monopoment eingegangenen Verträge sonst gewiß bestehen würde, hätte unter diesen Umständen zweifellos Stellung gegen die Gehilfenschaft genommen, weil die Affäre bei Scherl ein eklatanter Tarif- und Kontraktbruch und eine unverantwortliche Handlungsweise ist und bleibt.

Am 19. Juni fand dann eine Konferenz zwischen den drei Firmen, dem Tarifamte, sowie den Vorständen des Deutschen Buchdruckervereins, unserer Organisation und des Hilfsarbeiterverbandes statt. Über ihren Verlauf informiert das folgende Protokoll:

### Protokoll

über eine am 19. Juni 1911, mittags 12 Uhr, stattgehabte Konferenz im „Papierhaus“ zu Berlin, an welcher teilgenommen haben:

1. für die Firma August Scherl G. m. b. H.: Löwe, Kocheremann, Zimmermann, Schanz;
2. für die Firma Rudolf Mosse: Dr. M. Sohn, Hartog;
3. für die Firma Ullstein & Co.: Hans Ullstein, Rudolf Ullstein, Dr. Sydow;
4. für den Deutschen Buchdruckerverein: Dr. Petersmann (Leipzig);
5. für den Verband der Deutschen Buchdrucker: Böcklin, Grafmann;
6. für den Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter: Bauer;
7. für das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker: Bilgenstein, Prinzipalvorsitzender; Giesede, Gehilfenvorsitzender; Schliebs, Geschäftsführer.

Den Vorsitz führt Hans Ullstein.

Eingezwungen ist die Konferenz von der Firma Scherl. Veranlassung hierzu gibt, daß am Morgen des heutigen Tags eine Kommission von zehn Personen, bestehend aus den Maschinenmeistern Mündeberg und Dünfing, den Gehern Appold und Raich, den Fahrern Kraas und Fornte, dem Stereotypur Holzengel und den Hilfsarbeitern Nord, Welschmidt, Wendisch und Mehlisch, welche Personen sämtlich bei der Firma Scherl tätig sind, bei letzterer vorstellig wurden, um den von

einem Teile des Personals begangenen Kontrakt- und Tarifbruch wieder rückgängig zu machen und damit eine Beilegung des Konflikts herbeizuführen.

Der Vorsitzende der Kommission richtete an die Firma die Bitte, im Interesse des Friedens und aller Beteiligten die ausständigen Arbeiter und 37 Maschinenmeister wieder einzustellen, während ein andres Mitglied der Kommission den Wunsch auf Einstellung auch der zwei entlassenen Maschinenmeister auferte.

Sämtliche Kommissionsmitglieder gaben zu, daß, wie auch die Organisationsvorstände bereits erklärt haben, Beschlüssen seitens des Personals stattgefunden haben. Gleichzeitig aber wurde daran die Befriedigung geknüpft, daß man alles daran setzen werde, um in Zukunft den Frieden im Betriebe wirklich aufrecht zu erhalten.

Die Firma Scherl hat hierauf geantwortet, daß sie augenblicklich der Kommission einen Bescheid nicht geben könnte. Die Firma Scherl erklärte sich aber bereit, mit den beteiligten Firmen und Organen über das Anerbieten der Kommission zu sprechen, und um 6 Uhr abends der Kommission Bescheid zu geben. Die Kommission gab sich mit dieser Erklärung zufrieden.

Von dieser Tatsache setzte die Firma Scherl die Teilnehmer der Konferenz in Kenntnis. In Gemeinschaft mit den Firmen Mosse und Allstein & Co. richtete die Firma Scherl gleichzeitig an das Tarifamt und die anwesenden Vertreter der drei Organisationen die Bitte, sich zu dem Anerbieten, das die Personalkommission ihr gegenüber vorgetragen, zu äußern und darüber zu entscheiden.

Das Tarifamt sowohl als die Organisationsvertreter erklärten hierauf, daß sie sich zwar für verpflichtet gehalten haben, gegen die tarifwidrigen Geschehnisse einmütig Stellung zu nehmen und gegen dieselben gemäß den statutarischen Bestimmungen einzuschreiten, daß sie es aber nicht für ihre Aufgabe betrachteten, den Entschlüssen der drei Firmen über das ihnen gemachte Angebot der Personalkommission in irgendeiner Weise vorzugreifen. Dagegen seien sie gern bereit, die seitens der drei Firmen etwa zu machenden Vorschläge, falls diese einer Einigung mit dem Personale dienen sollten, entgegenzunehmen und den Parteien auf Grund eines annehmbaren Vorschlags zu einer Einigung zu raten.

Die Vertreter der genannten drei Firmen ziehen sich hierauf zu längeren Beratungen zurück. Nach Beendigung derselben bekundeten sie den Willen zu einer Einigung mit dem ausständigen Personal auf Grund näher bezeichneter Bedingungen.

Über diesen Einigungsvorschlag sind die Konferenzteilnehmer, soweit diese den drei Firmen nicht angehören, in eine Sonderberatung getreten und haben ihrerseits verschiedene Wünsche zu dem Einigungsvorschlag geäußert, über die dann in gemeinsamer Verhandlung beraten wurde.

Die Firmen Scherl, Mosse, Allstein & Co. haben dann ihren Einigungsvorschlag entsprechend abgeändert und in folgende drei Bestimmungen zusammengefaßt:

1. Das ausständige Hilfsarbeiterpersonal und die Falzer wieder einzustellen, und zwar ohne Ausnahme. Die Einstellung erfolgt nach Bedarf, und zwar dergestalt, daß sich die Zahl der wieder einzustellenden Personen nach der Zahl der wieder in Betrieb gestellten Druckmaschinen und der Kompletierung des Gesamtbetriebs richtet. Bedingung für die Wiedereinstellung ist, daß sich das wieder einzustellende Hilfspersonal nicht weigert, mit den zurzeit an den Maschinen tätigen Obermeistern oder mit den noch tätigen oder neu einzustellenden Maschinenmeistern ordnungsgemäß und in friedlicher Weise zu arbeiten. Diese Bedingung gilt zunächst für die Zusammenarbeit mit den Obermeistern in der Notationsabteilung und mit den Maschinenmeistern aus der Abteilung „Der Tag“.
2. Für die von den vorbezeichneten Obermeistern und Maschinenmeistern bedienten Maschinen ist das nötige Hilfspersonal sofort zur Verfügung zu stellen.
3. Von den vor Einstellung der Arbeit tätigen 37 Notationsmaschinenmeistern sollen 30 wieder eingestellt werden. Die Einstellung der Maschinenmeister erfolgt nach Bedarf und ist die Wahl unter den einzustellenden Personen dem freien Ermessen der Firma überlassen.
4. Diejenigen Maschinenmeister, Hilfsarbeiter und Falzer, die von der Firma wieder eingestellt werden, haben sich spätestens innerhalb 24 Stunden nach ergangener Aufforderung seitens der Firma derselben zur Verfügung zu stellen. Geschlecht dies nicht, wird an Stelle des ausbleibenden Personals neues Personal eingestellt, für dessen Zuweisung die tariflichen Arbeitsnachweise die Verpflichtung zu übernehmen haben.

Die im Einigungsvorschlag enthaltene weitere Bestimmung:

4. Das ausständige Personal hat für den der Firma zugefügten Schaden eine Sühnegebühr von 10.000 Mk. zu entrichten, welche Summe später zugunsten des Gesamtpersonals der Firma Scherl verwendet werden soll.

Zug die Firma Scherl auf eine Bitte der anwesenden Gehilfenvertreter zurück, weil dieselben erklärten, seitens der Organisation die Haftung für Zahlung der Kontraktbrüche, die den 39 Maschinenmeistern durch Urteil des Schiedsgerichts auferlegt wurde, zu übernehmen.

Im Anschluß an die Bekanntgabe des modifizierten Einigungsvorschlags wurde beschlossen, abends 6 Uhr mit der Personalkommission zusammenzutreten und derselben den Einigungsvorschlag zu verkleiden.  
Berlin, den 19. Juni 1911.

Hans Allstein, Vorsitzender, Paul Schliebs, Protokollführer.

Am Abend folgten Verhandlungen mit der vom Personale der Firma Scherl entsandten Kommission, die den im nachstehenden geschilderten Verlauf nahm:

### Protokoll

über die am 19. Juni 1911, abends 6 Uhr, stattgehabte Verhandlung mit der Kommission des Personals der Firma August Scherl G. m. b. H. Anwesend sind die Mitglieder der Kommission, ferner die Herren, welche bereits an der Vormittagsverhandlung teilgenommen haben, außerdem die Herren Rudolf Mosse, Sachmann (Mosse), Wönigk.

Herr Hans Allstein übernimmt den Vorsitz und gibt nach einigen einleitenden Worten das vorliegende Protokoll über die Konferenz bekannt, die am Vormittage des heutigen Tags zusammengetreten ist, um über den Antrag der Personalkommission der Firma Scherl zu beraten.

Nach Verlesung des Protokolls wird zunächst auf besondere Anfrage an die Kommissionsmitglieder festgestellt, daß der Bericht, den die Firma Scherl der Vormittagskonferenz über die Erklärungen der Gehilfenkommission gegeben, den Tatsachen entspricht.

Alsdann erklärt der Obmann des Personals, daß die Kommission bei der Vorprache bei der Firma Scherl am Morgen des heutigen Tags einen für ihre Sache günstigen Eindruck gewonnen habe, so daß die Kommission ermartet hätte, daß sämtliche 37 Maschinenmeister wieder zur Einstellung kommen würden. Wenn dies aber nicht möglich sei, so bitte die Kommission darum, dem Personale zu überlassen, über die sieben ausbleibenden Maschinenmeister selbst die Wahl treffen zu können; eventuell bittet die Kommission, daß die Firma erwägen möge, ob nicht später eine Verzichtserklärung der abbleibenden Maschinenmeister erfolgen könne.

Schließlich ziehen sich die Mitglieder der Gehilfenkommission auf Anregung des Geheimrats Wüstenstein zu einer Sonderbesprechung über den von den drei Firmen gemachten Einigungsvorschlag zurück. Nach ihrem Wiedereintritt erklärt der Vertreter der Hilfsarbeiter, daß der Einigungsvorschlag von den Hilfsarbeitern angenommen werde. Der Obmann des Personals erklärt, das sei für die Maschinenmeister, wiederholt aber seinen bereits eingereichten Milderungsvorschlag, die Wahl unter den sieben Maschinenmeistern durch das Personal treffen zu können, mit dem Zusatz, daß die Annahme dieses Gehilfenvorschlags auch den Maschinenmeistern die Einwilligung in den Einigungsvorschlag sehr erleichtern würde.

Im hierüber in eine Besprechung einzutreten, ziehen sich nunmehr auch die Firmeninhaber zu einer Sonderberatung zurück. Nach Beendigung derselben und nachdem ein Maschinenmeister die Erklärung abgegeben, daß er freiwillig von einer Wiedereinstellung zurücktrete, geben die Vertreter der Firma Scherl ihrer Bereitwilligkeit darüber Ausdruck, dem Personale zu überlassen, zwei Maschinenmeister zu bezeichnen, die freiwillig zurücktreten wollen, während die Firma drei weitere Maschinenmeister selbst nennen wird.

Mit dieser Modifikation wird der Einigungsvorschlag seitens der Kommission namens des Personals angenommen. Auch übernimmt die Kommission die Verantwortung, der Firma Scherl einen Teil des Personals schon heute zur Verfügung zu stellen.

Der Obmann der Kommission nimmt alsdann Veranlassung, den Firmeninhabern für das mit dem Einigungsvorschlag bekundete Entgegenkommen zu danken, wie er auch dankend die Bemühungen des Geheimrats Wüstenstein bei dem Zustandekommen der Einigung anerkennt.

Der Vorsitzende, Herr Hans Allstein, knüpft an die Äußerung des Obmanns der Kommission die bestimmte Hoffnung, daß für die Zukunft solche Konflikte, wie bei der Firma Scherl, im Buchdruckgewerbe sich nicht mehr wiederholen mögen.

Gehheimrat Wüstenstein erklärt, daß er den Dank des Personals nicht für sich allein in Anspruch nehmen könne, sondern, daß er denselben auf das Tarifamt beziehen müsse. Das Tarifamt aber müsse vor allem den Zentralvorständen der Organisationen der Gehilfen und Hilfsarbeiter volle Anerkennung aussprechen über die korrekte Haltung, die seitens derselben in dieser tief behauerlichen Konfliktfrage eingenommen worden sei. Wünsche vor allem aber die Arbeiterschaft darüber zur Einsicht kommen, daß ihr Verhalten geeignet gewesen ist, die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker aufs höchste zu gefährden.

Herr Hans Allstein dankt namens der drei Firmen dann noch den Organisationsvorständen und dem Tarifamt für ihre in der Konfliktfrage bewiesenen außerordentlichen Bemühungen, worauf die Verhandlungen durch den Vorsitzenden für geschlossen erklärt werden.

H. g. u.  
Hans Allstein, als Vorsitzender.

Für die Firma August Scherl G. m. b. H.:  
Eugen Zimmermann, Hugo L. Löwe.

Für die Arbeiterkommission der Firma August Scherl G. m. b. H.:  
Jos. Vatsch, Felix Dord.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker:  
Georg W. Bügenstein, L. S. Giesede, Paul Schliebs.

Für den Verband der Deutschen Buchdrucker:  
E. Böllin, P. Grafmann, D. Wönigk.

Für den Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter:  
E. Büdert, Paul Schliebs, Protokollführer.

Wir können unsre große Befriedigung darüber aussprechen, daß der schwere, in seinen Folgen nicht abzusehen gewesene Konflikt damit aus der Welt geschafft worden ist. Wie wir über den Vorgang grundsätzlich denken, ist in der vorhergehenden Nummer mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Die beteiligten Instanzen und Organisationsleitungen haben in diesen Tagen sich geradezu übermenschliche Anstrengungen auferlegt und wirklich alles getan, um das wieder einzureufen, was große Unbesonnenheit, Unbelehrbarkeit, fehlendes Verantwortungsbewußtsein und gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit angerichtet hatten, damit der Tarifgemeinschaftsgebanke nicht erschüttert werde und die Organisation nicht unermeßlichen Schaden leide. Schon stimmte der Scharfnaderchorus ein Triumphgeheul an, und Herr Giesberts hat auf einer Massenfundgebung der Christlichen am 18. Juni in Delbe i. W. mit fatter Befriedigung den Berliner Konflikt als ein Produkt der verfehlten Gewerkschaftspolitik der freien Verbände ausposaunt — aber unsre guten Freunde haben sich schmähtlich verrechnet: Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker bleibt trotz dieses beklagenswerten Vorgangs intakt, und die Verbandsleitung hat bewiesen, daß sie, wenn es eben nicht anders geht, renitente Mitglieder durch Zwang zur Tariftreue wie zur Respektierung des Statuts, der Generalversammlungsbeschlüsse und der ihre Beachtung überwachenden Verbandsorgane anzuhalten weiß. Schlimm, sehr schlimm, daß es in einer so alten Organisation überhaupt dazu kommen konnte! Aufrichtig wünschen wir, daß der nun geschlossene Friede von allen Seiten ehrlich gehalten wird, und daß Personal wie Geschäftsleitung sich nach besten Kräften bemühen werden, eine respektvollen Zusammenarbeiten dauernd herbeizuführen. Beide Teile sind aufeinander angewiesen, und da muß eben von beiden Seiten dahin gestrebt werden, daß sich nicht Konfliktstoffe ansammeln und dann zu einer Entladung kommen, die gerade für einen großen Zeitungsbetrieb äußerst empfindlich ist, für die beteiligten Arbeiter jedoch immer am nachteiligsten sein wird. Schwer ist von den Notationen bei Scherl geschelt worden, und sie werden das Geschese sicher jetzt schon stark bereuen. Sie können sich bei der Kollegenchaft am besten dadurch rehabilitieren, wenn sie fortan alles daran setzen, daß in ihrem Arbeitsverhältnisse nicht wieder Störungen Platz greifen, die sich zu wahren Katastrophen auszuwachsen können.

Aus der am 20. Juni an der Spitze der Morgenansgabe der Scherl'schen Blätter befindlichen Erklärung, in der es u. a. heißt:

Dieses Ergebnis ist im Interesse des gesamten deutschen Buchdruckgewerbes und des sozialen Friedens mit hoher Freude zu begrüßen. Unser Dank gebührt den Firmen Rudolf Mosse und Allstein & Co., den Berliner Zeitungsverlegern, die sich gestern noch in der unten wiedergegebenen Erklärung mit uns solidarisch erklärt hatten, dem Verein deutscher Zeitungverleger, der uns durch eine Sympathieunterstützung und das Angebot von Hilfe beigegeben hatte; vor allem aber auch dem Tarifamt, dessen Vorsitzender, Herr Geheimrat Kommerzienrat Wüstenstein, und dessen Geschäftsführer, Herr Paul Schliebs, unermüdet um den Friedensschluß bemüht waren, den Zentralvorständen des Verbandes deutscher Buchdrucker und des Verbandes der Hilfsarbeiter, die damit ihre Autorität und ihre tarifliche Vertragstreue bewiesen haben. Auch der Vorstand des Vereines Berliner Buchdrucker hat seine Kräfte in den Dienst der Einigung gestellt. Wir haben schließlich nicht in letzter Linie unsern Abkommen und Zusicherungen zu danken, die uns durch ihre Gebuld und zahllose Sympathieunterstützungen in diesen ersten Stunden gestärkt haben. Die Art des Friedensschlusses verleiht nunmehr friedliche und geordnete Arbeitsverhältnisse

darf man wohl schließen, daß auch von Seiten dieser Firma resp. ihrer Geschäftsleitung mit der auf der geschilderten Basis erfolgten Beilegung des Konflikts der Wille zu friedlichem Zusammenarbeiten bekundet

ift und Nachwehen für das Arbeitsverhältnis ausgeschlossen sind.

Die Haltung der Presse verdient mit Ausnahme der Scharfmacherblätter alle Anerkennung. Selbst Zeitungen, die bei geringeren Vorkommnissen rasch und einseitig gegen die Arbeiter loslegen, haben bei dem Berliner Konflikt strikt auseinandergehalten, daß wohl eine kleine Arbeitergruppe eine unverzeihliche Tat begangen, daß aber deren Organisation in keiner Weise damit zu identifizieren ist. Das korrekte Verhalten der Verbandsleitung fand gebührende Anerkennung und nachdrücklich wurde betont, daß im Interesse der Tarifgemeinschaft und im besondern in Hinsicht auf die bevorstehende Tarifrevision der Konflikt sehr zu bedauern wäre, daß jedoch für den Fortbestand der Tarifgemeinschaft alle sozialbedenkenden Kreise sich auch jetzt einzusetzen haben. Den Hinweis auf das Bemühen des Scharfmachertums, aus diesem Vorgange Kapital zur Verschneidung des Koalitionsrechts wie zu gesetzlichen Maßnahmen gegen die Gewerkschaften zu schlagen, möchten wir jedoch nicht ohne Erwähnung lassen, weil bekanntlich in unfrer Zeit die Großindustriellenverbände mit aller Kraft auf dieses Ziel hinarbeiten.

Der „Vorwärts“ wie die „Welt am Montag“ werfen dem Tarifamte vor, es habe durch die Disqualifizierung der beiden Vertrauensmänner aus dem Scherischen Rotationsbetriebe seine Befugnisse überschritten. Eine solche Meinung resultiert nur aus ziemlich großer Unkenntnis unsres Tarifs. Wer diesen aber nicht genau kennt, sollte sich hüten,

vorschnell zu einem Urteile zu gelangen, das in der Öffentlichkeit nicht nur ein ganz falsches Bild entstehen lassen kann, sondern in solchen Momenten leicht die Erregung noch zu steigern geeignet ist. Das Tarifamt hat in diesem Fall nämlich nicht nur korrekt, sondern sogar noch nachsichtig gehandelt! Wir haben bereits in der letzten Nummer unsres Organs hervorgehoben, daß das tarifliche Berufungsgericht von einer Tarifuntreuerklärung der beiden genannten Vertrauensmänner Abstand nahm, weil es trotz der hanebüchernen Vorgänge doch die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Maßnahme von ihnen abhalten wollte. Die 37 andern Rotationsdrucker von Scherl hätten nun für den begangenen Tarifbruch ebenfalls für tarifuntreu erklärt werden müssen, und es war auch ein solcher Antrag auf Grund der tariflichen Bestimmungen gestellt worden. Davon wurde gleichfalls abgesehen, weil hier die Folgen naturgemäß noch weittragender gewesen wären. Es war der gesunde Ausweg, die beiden für den Vertrauensmannsposten als ungeeignet zu erklären und ihnen die Hauptschuld für das schlechte Verhältnis im Betriebe zuzuschreiben, nicht nur das weitaus kleinere Übel, sondern es entsprach diese Beurteilung auf Grund genauer Kenntnis aller Vorgänge auch den Tatsachen. Die Vertrauensmännerfrage ist zudem nicht nur Sache des Personals und der Organisation, sondern sie ist gleichzeitig auch eine tarifliche Angelegenheit (Siehe im Tarifkommentar S. 123—128), und zwar eine solche, die sehr diffizil und eine ständige Quelle der Sorgen und des

Verdrusses unsrer Schiedsgerichte ist. Das Tarifamt als Berufungsinstanz kennt nicht minder diese Schmerzen aus eigener Erfahrung. Über die Kompetenz oder Nichtkompetenz des Tarifamts in dieser Frage können nur Nichtfachleute streiten, und die täten besser, den Buchdruckern gerade in einem solchen Augenblicke das Urteil zu überlassen. Man soll auch bei derartigen Vorgängen nicht zu viel mit dem „menschlichen Standpunkt“ und dem „Solidaritätsgefühl“ operieren, welche beide Begriffe jedenfalls von uns nicht weniger hochgeschätzt und hochgehalten werden. Das menschliche Empfinden erfordert doch sicherlich, nicht bloß das im Auge zu haben, was man selbst oder was 37 Mann als ihren Standpunkt oder ihr Interesse betrachten, sondern was das Interesse der Allgemeinheit, der Standpunkt von 63000 Menschen erheischt, und das ist: Anerkennung der selbstgeschaffenen Gesetze und Respektierung der durch das allgemeine Vertrauen berufenen Männer, die die von der Allgemeinheit gefassten Beschlüsse durchzuführen haben! Das ist die schönste Solidarität, der beste menschliche, der richtige gewerkschaftliche Standpunkt! Ihn immer und immer hochgehalten und von allen Mitgliedern zu jeder Zeit bekundet — dann werden Disziplinbrüche wie der Berliner ohne Beispiele, ohne Seitenstück und ohne Nachfolgen bleiben! Wir richten an die gesamte Kollegschaft den eindringlichen und ernsthaftesten Appell, diese Lehre aus der so bedauerlichen Berliner Affäre zu ziehen.

## Hannover — Hamburg.

VII.

Mit dem über Pfingsten in Berlin abgehaltenen Korrektorentage haben im Anschluß an die Generalversammlung die Kongresse von vier Spezialorganisationen stattgefunden. Nur die der Schriftgießer machte eine Ausnahme, bedingt durch die besonderen tariflichen Verhältnisse dieses Gewerbes. Daß die Tarifrevision der Buchdrucker in diesem Jahre für die Sparten der hauptsächlichste Anlaß zur Abhaltung, ihrer vier Kongresse war, ist ja mahniglich bekannt. Deshalb konnten sie auch nicht vor, sondern mußten erst nach der Generalversammlung des Verbandes stattfinden. Bei den Maschinenmeistern und bei den Stereotypen standen wohl einzelne Zweifler auf, die den Sparten das erste Wort gewahrt wissen wollten. Aber sie standen allein, mußten sich von den eignen Kollegen sagen lassen, daß dieser Standpunkt falsch sei, da erst die Allgemeinheit der Organisation zu sprechen habe und dann die Teilgebilde, und werden nun wohl auch überzeugt sein, daß ihre Meinung nicht die richtige war. Denn der Verlauf der Spartenkongresse ist ein ebenso erfreulicher wie der der Generalversammlung. Und wenn allgemein auf diesen Tagungen das harmonische und erprießliche Zusammenarbeiten zwischen den Zentralkommissionen und der Verbandsleitung wie umgekehrt und wie auch zwischen den örtlichen Körperschaften hervorhebung fand, so kann man sich dieses endlich erreichten Zustandes nur aufrichtig freuen. Kommt noch hinzu, daß auf der Generalversammlung selbst diesmal von einem „Spartenriege“ nichts mehr zu merken, wohl aber fast allenthalben ein von allen Sonderinteressen absehendes, sich dafür aber mehr auf die die Allgemeinheit bewegenden großen Gesichtspunkte konzentrierendes Verständnis zu konstatieren war, dann können wir wohl besreit aufatmen. Die unvermeidlichen Kinderkrankheiten, die in Dresden und Köln und nicht am wenigsten auch 1906 manchmal direkt hochtriftischen Charakter annahmen, sind nun von den Sparten glücklich überstanden. Aber auch bei dem Gros der Kollegenschaft hat in der Spartenfrage unverkennbar eine Reutierung der Anschauungen stattgefunden, so daß nun ein Verhältnis wie das zwischen getreuen Nachbarn besteht. Es zeigte sich auf den Kongressen bei einzelnen Punkten hier und da eine noch nicht völlige Abklärung, einige wenige Delegierte erwiesen sich noch als etwas kantig, das fällt jedoch im ganzen nicht erheblich ins Gewicht und stört das Gesamtbild nicht im geringsten.

Besonders war es zu begrüßen, daß die Maschinenmeister in der Frage des im vorletzten Artikel behandelten Zuschußkastenwesens einen entschiedenen Schritt unternahmen, nämlich mit Einstimmigkeit das Reifegehörnt aufhoben, um zu ihrem Teile der Dresdner Generalversammlung endlich Rechnung zu tragen. Die übrigen Sparten können sich hieran ein Beispiel nehmen, aber nicht nur sie, sondern auch andere Verbandskreise noch. Durchaus zu billigen ist die unzweideutige Stellungnahme zu einem wenig erfreulichen Vorgange. Die Berliner Rotationsdrucker bildeten einen besonderen Verein neben dem Berliner Maschinenmeistervereine, während ihnen nur das Recht einer Sektion in demselben zusteht. Eine ebensolche besteht auch in Leipzig; es wird damit auf die besondere Arbeitszeit der Rotationsmaschinenmeister genügend Rücksicht genommen. Die Berliner Rotationsdrucker wollten aber von ihrem Standpunkte nicht abgehen. Es bestanden schon längere Zeit Unstimmigkeiten, die zu manchem harten Strauße zwischen den beiden Druckervorständen und der Zentralkommission führten. In einer recht entschieden gehaltenen Resolution wurde erklärt, daß in solchen Fällen nur eine Vereinsabteilung zugelassen werden kann und die Erwartung der Auflösung des Berliner Rotationsmaschinenmeistervereins ausgesprochen. Daß die Drucker eigentlich einen Jubiläumskongreß hatten, weil vor 25 Jahren zum erstenmal ein Maschinenmeisterstag, und zwar ebenfalls in dem gastlichen Hannover, stattfand, ist jedenfalls ein eigenartiger Zufall zu nennen. Mit Verriedigung hörte man auf diesem Kongresse von dem jetzigen guten Verhältnisse zu den Hilfsarbeitern reden. Es war nicht immer so, vielmehr wurde manchmal recht scharf von beiden Seiten geschossen, und es ist ja auch noch keine Ewigkeit her, daß der „Korr.“, als er sich in diesen Streit mischte und auf Seite der Druckerkollegen trat, von beiden Seiten jämmerlich zugerichtet wurde. Das alte Lied, daß der Dritte immer Prügel bekommt, wenn er zwei Streitende auseinanderbringen will! Na, um des jetzigen friedlichen Nebeneinanderarbeitens willen wollen wir die Ladungen gebraunter Äsche von damals gern in den Kauf genommen haben. Zweifellos üben aber die guten Beziehungen zwischen den beiden Verbandsleitungen hier eine ebenso günstige Milderwirkung aus.

Unders steht es bei den Stereotypen und Galvanoplastikern in der Hilfsarbeiterfrage aus. Da wurden ganz bewegliche Klagen laut, weil in diesem Falle die Hilfsarbeiter als Konkurrenten der gelernten Arbeiter in Betracht kommen. Wohl besteht in unserm Tarife schon eine Abgrenzung

darüber, was den Gehilfen und was den Hilfsarbeitern als Arbeitsgebiet zukommt. Aber dagegen wird noch vielfach gekündigt, von den Geschäftsleitungen wie, was auch zum Ausdruck kam, von den Kollegen selbst. Mit einer Erweiterung oder einer größeren Präzisierung der betreffenden tariflichen Bestimmungen ist es also allein nicht getan. Die in dieser Beziehung in Hannover gepflogene Aussprache wird hoffentlich in den Reihen dieser Sparte selbst mehr zur Einkehr anhalten; von Tarif wegen wird dann sekundierend die notwendige Verbesserung auch angestrebt werden! Es ist jedoch das Moment zu berücksichtigen, daß die Stereotypen und Galvanoplastiker erst seit 1907 in die Tarifgemeinschaft eingereicht sind. Im Handumdrehen lassen sich nun eingewurzelte Verhältnisse nicht immer beseitigen, was im weiteren auch wieder ein Beweis ist, daß kürzere Tarifperioden sich nicht empfehlen. Auch die Fachschulen und die Fachkurse sind für diese Sparte der Gegenwart von Besürchtungen, wohingegen der Glaube der Behandlung als Stiefkind im Verbands keine Anhänger auf diesem Kongresse zu finden vermochte.

Es kann als ein gutes Zeichen angesehen werden, daß die Maschinensetzer die in ihren Reihen vorkommenden häufigen Kontraktbrüche mit aller Entschiedenheit verurteilen. Diese leidige Angelegenheit nahm sogar einen ziemlich breiten Rahmen der Verhandlungen ein und alle Redner waren sich einig in der Beurteilung solcher Vorkommnisse. Das muß den nötigen Widerhall finden drauhen im Lande, zumal die Erklärungen des Verbandsvorstandes in seinem Jahresberichte wie die der Vorstandsvertretung auf dem Kongresse gar keinen Zweifel belassen, daß gegen die das Ansehen der Organisation schwer schädigenden Mitglieder fortan mit der ganzen Strenge des Statuts vorgegangen werden wird. Es wäre ein schlimmes Zeichen von Disziplinlosigkeit, wenn in dieser neben den Schriftgießern prozentual am stärksten organisierten Sparte hierin nicht gründlich Remedur geschaffen werden könnte. Abgesehen von diesem unleidigen Kapitel, bot dieser Kongreß das Bild rührigster Arbeit und nicht alltäglicher Befähigung einzelner. Wenn gegen die schlecht ausgebildeten, namentlich gegen die sogenannten Bierwochenmaschinensetzer, einerseits ins Feld geführt wurde, daß sie die leistungsfähigen Kräfte nur schädigen, und andererseits gegen die in Betracht kommenden Fabriken, daß ihre Schulen nur Schnellbleichen, aber keine wirklichen Ausbildungsstätten wären, so ist das ebensosehr in Wahrnehmung eigener Interessen gelegen gewesen als die Kritik an dem Reklame-

unfuge der Sezmashinenfabriken, unter denen die Monotypegesellschaft am schlechtesten fortkam. Die Erweiterung der Bundesratsvorschriften durch Schaffung von Sonderbestimmungen für die Sezmashinenbetriebe ist eine Notwendigkeit, in der dieser Kongreß mit der Verbandseitung konform geht, denn es ist von sanitären Mißständen in vielen Betrieben als von einer feststehenden Tatsache zu reden.

Der Schwerpunkt des Korrektorentags lag auf tariflichem Gebiet, also läßt sich weniger über ihn sagen. Erstaunt waren wir, zu hören, daß die „Fachmittlungen“ dieser Sparte, die für Korrektoren und die Sezer gleich großen Wert besitzen, nicht genügend Verbreitung finden, ja sogar in ihrem Abfalle zurückgegangen sind. Wir möchten deshalb für dieses nicht spezifische Spartenorgan ein gutes Wort in den Sezerkreisen einlegen. Um die „Fachmittlungen“ entspann sich auch sonst noch eine ergiebige Diskussion. Auch der „Buchdrucker-Ruden“ bezeugte regen Interesse. Die vorgebrachten Klagen zeitigten das alte Lied, daß die Prinzipalität immer noch eine ziemlich große Passivität in dieser Beziehung beobachtet und dadurch die einseitliche Rechtschreibung naturgemäß nicht die genügende Förderung findet. Hoffentlich ändert sich aber auch das; namentlich nach Erscheinen der neuen Auflage Ende 1912 oder Anfang 1913, die keine Spezialausgabe mehr für die Druckereien bringen wird, und zu welcher allein aus Korrektorenkreisen 5000 Beiträge geliefert worden sind. Im übrigen drehen sich die Verhandlungen um den inneren Ausbau dieser Spezialorganisation und um die Agitation. Die gefaßten Beschlüsse erfüllen hoffentlich alle daran geknüpften Hoffnungen.

Eigenartig muß die Klage berühren, daß es mit der Mitarbeiterschaft an den technischen Mitteilungen der Sparten so hapert. Die schreibgewandten Kollegen wenden sich lieber der Fachpresse zu, weil dort Honorar oder mehr Honorar gezahlt wird. Wenn man bedenkt, daß diese Publikationen nur monatlich, zweimonatlich oder gar vierteljährlich erscheinen, so gehört doch wahrlich kein überhöhter Idealismus dazu, wenn die dazu befähigten Spartenkollegen auch einmal für ihr spezielles Organ einiges Interesse und etwas Zeit erübrigen. Hat doch die Zentralkommission der Korrektoren bisher ohne jegliche Entschädigung gearbeitet! Ein zum Maschinensekretärskongreß gestellter Antrag, die „Mitteilungen“ nicht bloß auf das fachtechnische Gebiet zu beschränken, erfuhr mit Recht Zurückweisung. Daß die Maschinemeister fortan gleichfalls „Mitteilungen“ herausgeben werden, ist nur zu begrüßen; diese größte Sparte kam nicht länger mehr um diese Notwendigkeit herum. Wie sich bis jetzt übersehen läßt, hat auch die Berichtserstattung der Spartenvertreter fast allgemein günstige Aufnahme gefunden. Und die Spartenkongresse verdienen ja auch eine gute Beurteilung.

In einem gewissen Zusammenhange hiermit steht die Angelegenheit der Gründung einer Handsezerpartei. Die Kölnner Generalversammlung hatte die Schaffung einer neuen Vertretung von Spezialinteressen als unstatthaft erklärt; sie vermochte sich durch einen Leipziger Fall von der Berechtigung einer Handsezerpartei nicht zu überzeugen. Die Leipziger Verhältnisse liegen insofern eigenartiger als anderswo, weil die Mehrzahl — es wird dies wohl etwas über 60 Proz. sein — der Handsezer den wissenschaftlichen Werkfuß im Berechnen herstellen. (Saut Protokoll von Köln kamen 1600 Kollegen 1908 dafür in Betracht.) Die Zeitungssezer stehen mit Ausnahme einer Zeitung, und auch da nicht mehr sämtlich, im gewissen Geld. Es waltete also ganz besondere Umstände ob. Daß bei dieser Art des Berechnens sich Schwierigkeiten einstellen und zwischen Geschäftsleitung und Sezern nicht selten größere Meinungsverschiedenheiten entstehen, läßt sich denken; auch soll nicht bestritten werden, daß den Leipziger Berechnern durch die gegen früher stark veränderten Arbeitsmethoden in den Werkdruckereien manche Benachteiligung erwuchs. Es ist ihnen denn auch ungeachtet des grundsätzlich eine Handsezerpartei ablehnenden Beschlusses von Köln in ganz besonderen Fällen die Abhaltung spezieller Versam-

lungen gestattet worden. Einmal spielt diese Art von Tarifangelegenheiten aber nicht immer oder doch nicht in solchem Umfang eine Rolle, der besondere Versammlungen nötig machen würde; und zweitens empfiehlt sich ihr nicht zu häufiges Stattfinden schon von praktischen Standpunkt, um nämlich die Mitgliedschaftsversammlungen für die verhältnismäßig nicht die besten Versammlungsbesucher abgehenden Handsezer nicht überflüssig erscheinen zu lassen. Der abermals ablehnend ausgefallene Beschluß von Hannover in dieser Frage hat nun in Dresden, namentlich aber in Leipzig Anlaß zur Kritik gegeben. Hier wurde sogar eine Resolution deswegen angenommen (Nr. 66). Wenn es auch menschlich erklärlich ist, daß die Nichterfüllung eines Wunsches verstimmend wirkt, so muß doch gerade die Stellungnahme einer Körperschaft wie unsrer Generalversammlung eine Anregung sein, die Sache auch einmal von einer andern Seite resp. weniger vom totalen Standpunkt aus zu betrachten. Wir werden das in nachstehenden tun, da auch in München sich Unstimmigkeiten in dieser Frage ergeben haben.

Die Sparten umfaßten Ende 1910 von der Mitgliederzahl des Verbandes 13988 Kollegen. Das sind 23 Proz. der Gesamtheit. An diesen 23 Proz. sind die Maschinemeister mit 11,7, die Maschinensezer mit 5,5, die Stereotypen- und Galvanoplastiker mit 2,5, die Schriftsezer mit 2,0 und die Korrektoren mit 1,8 Proz. beteiligt. Es sind das nicht nur tatsächlich Spezialberufe in unserm Gewerbe, sondern sie stellen sich auch zahlenmäßig schon so dar. Anders bei den Handsezern. Sie repräsentieren 77 Proz. im Verbands, bilden also das ausgesprochene Gros in der Organisation und können niemals als Spezialbranche angesehen werden, welche Eigenschaft doch den Sparten ihre Existenzberechtigung gibt. Logisch ist es einfach eine Unmöglichkeit, von einer großen Mehrheit als von einer Spezialgruppe zu sprechen. Die letztere hat eben das Vorhandensein einer Hauptgruppe zur Voraussetzung. Diese kann aber nur eine sein und nicht etwa Hauptbestandteil der Organisation u. d. Spezialgruppe in derselben.

Aber nicht nur der zahlenmäßige Effekt, sondern auch die Art der Beschäftigung im Gewerbe sprechen gegen die Handsezerpartei. Von den fünf bestehenden Sparten läßt sich sagen, daß sie bestimmte Teile des Buchdruckgewerbes darstellen, die unter sich wieder eine Einheit bilden; obwohl zuzugeben ist, daß auch hier schon wieder Unterscheidungen sich notwendig machen. Für die Drucker trifft das mit den Zeitungsrotationsmaschinenmeistern im besondern zu. Bei den Handsezern jedoch würde von einer Spezialtätigkeit wie auch von einer Spezialinteressengemeinschaft gar nicht die Rede sein können. Wir haben Zeitungssezer im gewissen Geld und Zeitungssezer im Berechnen und haben Werksezer mit beiderlei Bezahlungsweise. Aus dem noch verbleibenden Viererlei der Handsezer seien die eigentlichen Abzensezer besonders hervorgehoben. Als Gehilfen oder als Verbandsmitglieder haben sie gewiß gemeinsame Interessen, als Handsezer aber in speziellen...? Auch das schärfste Denkönnen muß hier veragen, wenn es für diesen Fall eine Gemeinsamkeit entdecken sollte. Vergewegen wir uns noch, daß nach der letzten Tarifamtsstatistik (1907 — die neuere ist noch nicht erschienen) von den Handsezern in Deutschland aufgerundet nur noch 18 Proz. berechneten (welcher Prozentsatz inzwischen noch geringer geworden sein dürfte, da das Berechnen leider immer mehr zurückgeht), und daß unter diesen 18 Proz. die Zeitungssezer zweifellos die Mehrheit haben werden, so wird die Mannigfaltigkeit des Berufs, der Arbeits- wie der Bezahlungsweise der Handsezer nur noch größer.

Ist also eine Handsezerpartei nach alledem nicht gut denkbar, so im besondern nicht wegen der besonderen Verhältnisse der doch nur eine kleine Minderheit bildenden berechnenden Werksezer für wissenschaftlichen Werkfuß. Wir wissen nicht, ob der gegen den Leipziger Antrag stimmende größere Teil der Generalversammlung in Hannover — es wird an einer Zweidrittelmehrheit nicht viel ge-

fehlt haben — die Frage so eingehend erörtern hat, oder ob die Unmöglichkeit einer Handsezerpartei mehr instinktiv empfunden worden ist, jedenfalls ist mit dieser Entscheidung aber das Richtige getroffen worden. Die tariflichen Angelegenheiten der Handsezer können sehr wohl in den Mitgliedschaftsversammlungen erörtert werden. In schwierigen Fällen wird durch Einsetzung einer für den jeweiligen Zweck bestimmten Kommission noch besser zum Ziele zu kommen sein, und unter ganz besonderen Umständen, wie sie in Leipzig eintreten können und auch schon eingetreten sind, sind ja besondere Versammlungen für statthaft erklärt worden. Sie sollen aber nicht zum Gewohnheitsrechte werden, sondern Ausnahmefälle bleiben. Es ist damit auch in Leipzig, auf das mit solchen Versammlungen ja nur exemplifiziert werden kann, bis jetzt ganz gut gegangen. Daß die Handsezerpartei überdies ein nicht zu kleiner Schritt zur Dezentralisation sein würde, muß extra noch betont werden. Davor müssen wir uns aber gerade in unsern Zeitläuften bewahren. Heutzutage ist eine straffe Zentralisation ein großes Erfordernis, das allgemeine Verbandsinteresse hat mehr denn je in den Vordergrund zu treten. Vergleiche mit einigen andern Gewerkschaften sind hier nicht am Platze, zudem hat da auch schon manche Änderung sich vollzogen, indem die Verbands- und die örtlichen Leitungen mit größeren Befugnissen ausgestattet wurden.

Noch ein anderer Punkt sei in diesem Zusammenhange berührt. Der Verband der Typographischen Gesellschaften ist eine selbständige berufstechnische Organisation, die auch nach den Kasseler Beschlüssen in ihrer Mitgliederzusammensetzung keine Änderung erfahren hat. Nur, was an Gehilfen künftig eintritt, soll Mitglied unserer Organisation sein, was bislang ja schon auf vier Fünftel zutrifft. Über die Zweckmäßigkeit der in Kassel Ostern d. J. gefaßten Beschlüsse dieses technischen Verbandes soll hier nicht gesprochen werden, da wir einer andern selbständigen Organisation nichts dreinreden können. Der „Korr.“ hat sich denn auch vollständige Reserve auferlegt in dieser Angelegenheit, und wir kommen jetzt auch nicht darauf, weil in Hannover dieser Punkt mitberührt, aber wohl nicht im Sinne so manches Kollegen erlebigt worden ist, da ja unsere Organisation als solche bei aller Sympathie für die technischen Fortbildungsbemühungen sich hier nicht festlegen kann, sondern ein Anonymus in der „Zeitschrift“ läßt uns in dieser Sache einmal das Wort ergreifen. Der X. V. Z. zeichnende Herr brachte es schon nach der Kasseler Tagung fertig, deren Beschlüsse nicht einmal richtig wiederzugeben, so daß in Prinzipalkreisen eine falsche Auffassung gar nicht ausgeschlossen ist. Es kann sogar behauptet werden, daß der von ihm gebrauchte Bericht in der „Zeitschrift“ von den in der gesamten Fachpresse erschienenen Sachlichkeit am meisten vermissen ließ.

In einer der letzten Nummern des Prinzipalsorgans bringt der trotz seiner eigenartigen Signierung gut zu erkennende Herr einen zweiten Artikel, der noch deutlicher ist und eine kaum zu verhüllende Animosität gegen unsere Organisation einmal selbst und unsre Mitglieder im typographischen Verband im besondern zum Ausdruck bringt. Die Berufung auf das Neutralitätsprinzip steht dem Verfasser recht schlecht an, denn er ist gegen unsre Organisation noch niemals wirklich neutral gewesen. Das wäre jedoch seine Privatsache, und wir würden ihn darin auch nicht stören. Wenn er jedoch die Spalten der „Zeitschrift“ benutzt und erzeugt in der Weise, wie geschehen, gegen unsre Mitglieder in den typographischen Gesellschaften Stimmung bei den Prinzipalen unter unzweideutiger Anspielung auf unsre Organisation selbst, so ist das etwas andres.

Wir meinen, ebensowenig wie der „Korr.“ die Angelegenheit und die Maßnahmen der fachtechnischen Vereine zu einer Verbandsfrage macht und sie nicht seiner Kritik unterstellt, so darf auch von der „Zeitschrift“ nicht gestattet werden, daß ein beliebiger Anonymus ein Feuerzeichen in ihren Spalten gegen diese Vereinigungen anzündet und die Prinzipalität ganz unnötig scharf macht. Gerade das Neutralitätsprinzip erfordert es, daß das

Prinzipals- wie das Gehilfenorgan sich hier passiv verhalten und die Leute, die in dieser Frage etwas auf dem Herzen haben, an die Mitteilungen resp. das neuzuschaffende Organ des typographischen Verbandes verweisen. X. Y. Z., der diesem Verbandsorgan auch angehört, soll seine Schmerzen doch dort aushauchen! Das Scharfmachen in der „Zeitschrift“ soll er aber bleiben lassen, sonst würde der „Korr.“ zu einer andern Stellungnahme gezwungen sein.

## Gau Mecklenburg-Lübeck.

Die 22. Hauptversammlung fand am 11. Juni 1911 im „Gewerkschaftshaus“ der altangesehenen Hanfsabrik Lübeck statt. Mit der Begrüßung der zahlreichen Erschienenen erklärte der Gauvorsitzer namens des durch den Vorsteher Schlotter, Kassensführer Dahnde und Schriftführer Lüdemann vertretenen Gauvorstandes um 8<sup>Uhr</sup> früh die Tagung für eröffnet. Er teilte mit, daß der Verbandsvorstand den Kollegen Eißler delegiert habe, diesen herzlich willkommen heißen. Namens des Lübecker Ortsvereins begrüßte Kollege Jandke die Erschienenen, den Verhandlungen besten Erfolg wünschend. Die aufgestellte Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 30 Delegierten.

Nachdem der Vorsitzende der seit dem letzten Gantage verstorbenen Kollegen und des vor einiger Zeit verstorbenen verdienstvollen Hauptverwalters Adolf Beyer gedacht, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Der erste Punkt der Tagesordnung fand dadurch Erledigung, daß in das Bureau die Kollegen Jandke als zweiter Vorsitzender und Gielow als zweiter Schriftführer gewählt wurden, außerdem wurde eine aus fünf Personen bestehende Mandatprüfungskommission ernannt, die zugleich als Diätenkommission fungierte.

Unter dem zweiten Punkte: „Bericht aus den Mitgliedschaften“, gaben die Kollegen Jandke (Lübeck), Schories (Rostock), Bartels (Schwerin), Junge (Wismar), Evers (Güstrow) und Wittner (Dömitz) kurze Situationsberichte aus den betreffenden Orten. Fast aus allen konnte berichtet werden, daß die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse gute sind. Eine Ausnahme macht nur Rostock, wo eine große Anzahl Nichtmitglieder in der Volkschen Hofbuchdruckerei und bei Ublers Erben vorhanden ist, sowie Dömitz, wo der Prinzipal Schröder allerlei Seitenzweige macht. Aus Güstrow wurde mitgeteilt, daß die Firma Beyer & Lange wegen fortgesetzter Überschreitung der Lehrlingskassa aus dem Tarifverzeichnisse gestrichelt wurde.

Zum Punkte 3: „Bericht des Gauvorsitzers“, erstattete Kollege Schlotter einen kurzen Bericht über die Hauptaufgabe der Gauvereine: die jährlichen Jahresberichte abgeben. Die Parole an die Prinzipale, die Lehrlingskassa voll auszunutzen, sei auch in unserm Gau nur zu gut befolgt worden, obwohl auf dem Arbeitsnachweise stets Arbeitskräfte zu haben seien. Jedner gab eine eingehende statistische Übersicht über das Wachstum des Gaus und die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft. Es ging daraus hervor, daß nur noch eine verschwindend kleine Anzahl Gehilfen zu untariflichen Bedingungen arbeitet, natürlich in den untaufreuen Druckereien der kleinen Städte. Besonders kommen hier Döberan und Teterow in Betracht, wo bisher alle Versuche, die Firmen der Tarifgemeinschaft und die Kollegen der Organisation zuzuführen, gescheitert sind. Dagegen ist es in Parchim, das noch vor drei Jahren ein der Schmerzender des Gaus war, gelungen, den Tarif in beiden Druckereien zur Durchführung zu bringen und die Kollegen bis auf einen nicht aufnahmefähigen zu organisieren. Leider sei die Minimumbegahlung noch sehr veraltet, würden doch nach der zuletzt aufgenommenen Statistik 313 Kollegen zum Minimum entlohnt, gegen 319 über Minimum Bezahlte. Besondere Aufmerksamkeit erfordere das Vordringen der Segmachine selbst in den kleinsten Orten.

Un den mit Weisfall aufgenommenen Bericht schloß sich eine kurze Diskussion, in der namentlich das Ansuchen vor Konditionsannahme besprochen wurde. Es wurde festgestellt, daß Anfragen in großer Zahl an die Ortsvorstände gerichtet würden, selbst an den Arbeitsnachweisverwalter in Lübeck gingen häufig solche ein. Kollege Jandke besprach bei dieser Gelegenheit auch die Klagen über mangelhaftes Funktionieren des Arbeitsnachweises. Häufig seien auch die Kollegen hieran schuld, indem sie bei der Anmeldung keine Personalien, ja manchmal nicht einmal eine Adresse angeben; auch werde die Abmeldung meistens unterlassen. Kollege Lüdemann brachte einen Fall zur Sprache, wo Gehilfen sich in der Besoldungsfrage höchst unkorrekt benommen haben. Vor allem sei es notwendig, bei drohender Überschreitung der Lehrlingskassa rechtzeitig Schritte hiergegen zu unternehmen. Auch müsse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß tarifliche Ausnahmebestimmungen nicht überall beständen, wo sie nach der Größe des Orts zulässig sein würden, sondern nur dort, wo sie vom Tarifamte genehmigt seien. Hauptkassierer Eißler meinte, der Bericht und die anschließende Diskussion seien für ihn sehr lehrreich gewesen. Wegen der vielen kleinen Ortsstädte sei im Gau ein Vordrängen schwer; immerhin sei es vermerkt, daß noch eine so große Zahl mit dem Minimum Entlohnter vorhanden sei. Es fehle leider vielfach den Kollegen an dem nötigen Mut, eine anständige Entlohnung zu verlangen, habe doch der Verbandsvorstand festgestellt müssen, daß in einer größeren

Druckerei in der Lausitz sämtliche Kollegen 25 Jahre lang zum Minimum gestanden hätten. Bei der Ausnahme der Kollegen müsse streng darauf geachtet werden, daß nur brauchbare Kräfte zur Aufnahme kämen, denn der Verband habe es nicht nötig, alles aufzunehmen. Bezüglich der Aufnahmestellung sei es notwendig, daß die Ortsvorstände den Gauvorstand stets über die in Betracht kommenden Verhältnisse eingehend unterrichteten. Gegen die das Ansuchen unterlassenden Kollegen werde in Zukunft unmissverständlich mit Entzug der Unterstützung vorgegangen werden. Erziehung der Mitglieder durch behelfende Vorträge in den Versammlungen usw. sei dringend notwendig. Kollege Jandke lobte darauf die Tätigkeit des Gauvorsitzers und beantragte, ihm den Dank durch Erheben von den Egen abzusprechen, was geschah.

Punkt 4 betraf die Berichterstattung über die Generalversammlung des Verbandes. Der Delegierte des Gaus, Kollege Dahnde, gab einen vorzüglich ausgearbeiteten Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen. In dankenswerter Weise wurden die Ausführungen noch durch den Kollegen Eißler ergänzt. Über den Bericht wurde eine Diskussion nicht beliebt und beendete damit die Versammlung, daß sie einstimmig auf dem Boden der in Hannover gefassten Beschlüsse steht. Nummer wurde zu Punkt 5 übergegangen, d. h. in die Beratung der Anträge eingetreten:

a) Mitgliedschaft Rostock: „Zu allen Verhandlungen oder Tarifinterventionen in irgendeiner Mitgliedschaft des Gaus Mecklenburg-Lübeck, zu welchen der Gauvorsitzer erscheinen muß, ist der jedesmalige Ortsvereinsvorsitzende hinzuzuziehen und von letzterem genaues Material einzuholen.“ Kollege Schories begründete den Antrag, der aus den eigenartigen Rostocker Verhältnissen hervorgegangen ist, wo der Gauvorsitzer ohne Mithilfe des dortigen Vorstandes bei einem Prinzipal intervenieren mußte und dabei eine Erklärung abgab, die der dortigen Mitgliedschaft nicht gefiel. Da nach dem eingebrachten Antrage bereits immer schon verfahren wird und der Gantag einhellig der Meinung war, daß dies eine Spitze gegen den Vorsitzenden bedeuten sollte, so zogen schließlich die Rostocker den Antrag zurück.

b) Mitgliedschaft Neustrelitz: „Sollte die Generalversammlung des Verbandes die Anträge betreffend Anschaffung doppelter Quittungsbücher ablehnen, sollen solche vom Gau angeschafft werden.“ Nachdem Kollege Wosow für den Antrag gesprochen, indem er Jertimer bei der Kassengebarung dadurch gehoben wissen will, und Kollege Eißler die Unzweckmäßigkeit dieses Wunsches dargelegt, wurde auch dieser Antrag zurückgezogen. Kollege Schlotter setzte zu, daß in Zukunft im Gauverichte dem Mitgliedsverzeichnisse die Zahl der geleisteten Beiträge angefügt werden soll.

c) Mitgliedschaft Güstrow: „Falls die Generalversammlung des Verbandes eine Erhöhung des Krankengeldes ablehnt, wolle der Gantag die Zahlung eines Zuschusses zur Krankenunterstützung aus der Gantasse beschließen.“ Kollege Evers klagte über die minimale Unterstützung seitens der Ortskrankenkassen in den kleinen Städten des Landes. Vorstandsseitig wurde darauf hingewiesen, daß neue Zuschußkassen seit der Dresdener Generalversammlung nicht mehr gegründet werden dürfen. Es wurde den Kollegen empfohlen, ihre ganze Aufmerksamkeit den Ortskrankenkassen zuzuwenden und durch ihre Mitwirkung im Vorstande derselben für Verbesserungen zu sorgen; dies wäre eine dankbare Aufgabe. Auch dieser Antrag wurde zurückgezogen.

d) Rostock: „Zu den Umzugskosten eines Mitglieds des Gaus Mecklenburg-Lübeck gewährt die Gantasse bei 100 zur Gantasse geleisteten Beiträgen ein Drittel, bei 200 geleisteten Beiträgen die Hälfte der aus der Verbandskasse gezahlten Unterstützung.“ Begründer des Antrags war Kollege Werner, die miffligen Verhältnisse eines verziehenden Mitglieds schildern. Seitens des Kollegen Lüdemann wurde auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, die der Antrag in seiner gegenwärtigen Fassung zur Folge haben würde, weil die Verbandsunterstützung nach der Anzahl der überhaupt geleisteten Beiträge bemessen wird, so daß bei Annahme des Antrags gleichen Leistungen zur Gantasse sehr ungleiche Unterstützungen gegenüber ständen. Außerdem seien auch die vorgeschlagenen Sätze zu hoch. Nach längerer Debatte wurde der Antrag dem Gauvorstande zur Beratung einstimmig überwiesen. Es soll eine andre Fassung gefunden und den Mitgliedschaften zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

e) Rostock: „Die infolge Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung an die Hinstorffschen Kollegen dem Ortsvereine Rostock entstandenen Unkosten sind demselben aus der Gantasse zu ersetzen.“ Dieser Antrag erstellte eine lebhafteste Debatte, bei der die altbekanntesten schlechten Rostocker Verhältnisse wieder Revue passierten. Nachdem der Gauvorstand und dann der Verbandsvorstand für Ablehnung gewesen, stellte sich auch der Gantag auf den ablehnenden Standpunkt. Einem später gestellten Untertrage, dem Rostocker Ortsverein infolge seiner miffligen Kasserverhältnisse dann 20 Mk. zurückzuerbüßen, kam der Gantag mit großer Mehrheit nach.

f) Neustrelitz: „Der Gantag wolle eine alljährlich stattfindende Vertrauensmännerkonferenz beschließen.“ Kollege Weisler begründete den Antrag mit der durch die weiten Entfernungen der einzelnen Druckerei erleichterten Agitation. Für die Funktionäre seien daher die auf einer Konferenz gesammelten Erfahrungen sehr wertvoll. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag gegen die Stimmen der Neustrelitzer abgelehnt.

g) Antrag des Gauvorstandes: „Der Gauvorstand hat in seiner Gesamtheit mit beratender Stimme am

Gantage teilzunehmen.“ Den Antrag begründete Kollege Schlotter. Bei dieser Gelegenheit brachte Kollege Bartels den Antrag der Schweriner Mitgliedschaft ein, den Gauvorstand von fünf auf sieben Kollegen zu verstärken. Dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt und der Antrag des Gauvorstandes angenommen.

Zu Punkt 6: „Etwasige Statutänderungen, die auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse notwendig werden“, beantragte der Gauvorsitzer, in fünf Jahren zwei Gantage (statt bisher alle drei Jahre einen) abzuhalten, damit nach der Generalversammlung stets ein Gantag stattfindet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei Punkt 7 (Tarifrevision) erörterte Kollege Schlotter noch einmal kurz die einzuschlagende Taktik, damit die Organisation keinen Schaden erleide. Hierbei wurden auch die in Lübeck vorgekommenen tarifmäßigen Kündigungsabmachungen seitens einiger Kollegen, welche sich als Spezialarbeiter gerieren, besprochen. Allgemein wurde das Verhalten dieser Kollegen bedauert. Die Sache wird instanzlich weiter verfolgt werden.

Der Punkt 8 (Festsetzung des Beitrags zur Gantasse) wurde dahin erledigt, daß der bisherige Beitrag von 20 Pf. pro Woche bestehen bleibt.

Unter Punkt 9 wurde dem Gauvorstande wie bisher die ganze Gantasse zum Zweck außerordentlicher Unterstützungen zur Verfügung gestellt.

Punkt 10 betraf die Remuneration des Vorstandes. Es wurde beschloffen, den Vorsitzenden und Kassierer je 500 Mk., dem Schriftführer 50 Mk. und den Beisitzern je 40 Mk. pro Jahr zu gewähren. Ebenfalls wurden auf Antrag des Kollegen Körner dem Vorsitzenden des Lübecker Schiedsgerichts 25 Mk. pro Jahr, rückwirkend ab 1. Jahr 1911, bewilligt.

Beim Punkt 11 (Festsetzung der Diäten) wurden 8 Mk. Tagesdiäten, wie früher, ausgenommen.

Der Punkt 12 betraf die Wahl des Vorstands und die Vorschläge zur Wahl des Gauvorstandes. Auf Vorschlag des Kollegen Bartels wurde wieder Schwerin zum Vorort bestimmt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden gebeten, in ihren Untern zu verbleiben. Doch lehnten die Kollegen Schlotter und Lüdemann eine Wiederwahl entschieden ab. Alle Redner versuchten nun, den äußerst verdienstvollen Gauvorsitzer Schlotter, unter dessen 14jähriger Tätigkeit im Vorstande (davon sieben Jahre als Vorsteher) der Gau so große Fortschritte gemacht, zur Wiederannahme zu bewegen. Auch Kollege Eißler gab sich die erdenkliche Mühe, den Kollegen Schlotter, den er als einen der besten Funktionäre bezeichnete, namentlich unter Hinweis auf die bevorstehende erste Situation auf seinem Posten zu halten. Leider war alle Mühe vergebens. Kollege Schlotter erklärte kategorisch, das Amt nicht wieder annehmen zu können. Hierauf wurden folgende Kollegen als Kandidaten aufgestellt: als Gauvorsitzer Dahnde, als Kassierer Dorn, als Schriftführer Weichmann, als Beisitzer Schlenker, Schütz und Schwor.

Punkt 13 fand dadurch seine Erledigung, daß auf Einladung Wismar als Ort des nächsten Gantags bestimmt wurde.

Beim Punkte 14 wurden u. a. dem invaliden Kollegen Wittenburg 25 Mk. Extraausstattung bewilligt.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Jandke sprach dem Gauvorstande, namentlich dem scheidenden Vorsteher, namens aller Mitglieder den herzlichsten Dank für die allezeit bewiesene Pflüchterfüllung zum Wohle des großen Ganzen aus. Den Dank der Delegierten für die überaus freundliche Aufnahme in Lübeck sowie für die prompte Errichtung des Gantags stattete Kollege Bartels ab. Nach einem kurzen Resümee über die gepflogenen Verhandlungen schloß Kollege Schlotter mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband gegen 6 Uhr den Gantag.

Un den gleichzeitig stattfindenden Gantag des Gaus Schleswig-Holstein war ein Begrüßungsstelegramm gesandt worden, das von dort dankend erwidert wurde. Außerdem hatte die Mitgliedschaft Neustrelitz ein Begrüßungsstelegramm geschickt.

Die Mitgliedschaft Lübeck hatte es sich nicht nehmen lassen, zu Ehren der größtenteils schon am Vorabend eingetroffenen Delegierten einen Kommer zu veranstalten. Leider waren beide Schriftführer behindert, dieser Veranstaltung beizuwohnen, doch soll es nach Aussage aller Beteiligten großartig gewesen sein und natürlich bis über den ersten Hagensdrei hinaus gebauert haben. L.

## Gau Schleswig-Holstein.

Am 14. Juni wurde der diesjährige Gantag in Neumünster abgehalten. Nach einem Begrüßungsliede des Neumünsterer Kollegeangereinigten und Vornahme einiger Wahlen eröffnete Gauvorsitzer Brüder um 10<sup>Uhr</sup> die Verhandlungen, zu denen 46 Delegierte, der Gauvorstand, Verbandsvorsitzender Döbbsin und Gauvorsitzer Dreyer (Hamburg), letzterer als Gehilfenvertreter des Kreises X, sowie eine größere Anzahl Kollegen als Gäste erschienen waren.

Nachdem das Mandaten der in den letzten zwei Jahren im Gau verstorbenen Mitglieder und des Hauptverwalters Beyer in üblicher Weise gelehrt war, erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht für 1909/10, aus dem besonders hervorgehoben ist, daß sich die Kasserverhältnisse seit der Verlegung des Vororts von Flensburg nach Kiel in zufriedenstellender Weise gebessert haben, so daß das Vermögen jetzt einen Stand von 14434,44 Mk. aufweist. In der darauffolgenden Debatte kam uns Unsruck, daß die Geschäftsleitung eine vorzügliche sei und zu

keinerlei Klagen Anlaß gegeben hätte und wurde dem Kassierer deshalb Vergabe erteilt. Durch das ständige Wachsen der Mitgliederzahl und die dadurch bedingte Arbeitslast wurde die Anstellung eines besoldeten Verwalters angeregt, der Vorsitzende gab jedoch die Erklärung ab, daß die Arbeiten auch fernhin, hauptsächlich mit Rücksicht auf die bevorstehende Tarifrevision, nebenamtlich erledigt werden sollen. Es bleibe einem späteren Goutag überlassen, darüber zu entscheiden.

Darauf erstattete der Vorsitzende den Bericht über die Generalversammlung in Hannover, streifte die Tarifrevision und erwähnte die Kollegenchaft, geschloffen hinter ihren Führern zu stehen und ihnen unbedingt Vertrauen entgegenzubringen, damit diesen ihr schweres Amt erleichtert würde und ihnen die Möglichkeit gegeben sei, durch sachliche Beratungen mit den Prinzipalen diese zu Zugeständnissen zu bewegen, die den allgemeinen Bedürfnissen entsprächen. Folgende Resolution wurde darauf einstimmig angenommen: „Der Goutag erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und setzt in die Geheißenerreiter das Vertrauen, daß sie ihr Bestes tun werden, um bei den Tarifberatungen wirtschaftliche Besserung zu erringen.“

Der Gau Mecklenburg-Libick, dessen Goutag zu gleicher Zeit in Libick stattfand, sandte ein in herzlichsten Worten gehaltenes Telegramm. In derselben Weise wurde unversehrt erwidert und darauf in die Mittagspause eingetreten.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen kamen die eingegangenen Anträge zur Beratung. Ein Antrag, der schon verschiedene Goutage beschäftigt hat und diesmal von der Mitgliedschaft Heide gestellt war, den Gau in Bezirke einzuteilen, wurde wiederum abgelehnt und ist dessen Schicksal damit hoffentlich endgiltig besiegelt. Ein anderer Antrag, der die Einführung von Personalkarten verlangte, verlief ebenfalls auf Ablehnung, nachdem der Vorsitzende klargestellt hatte, daß dies aus praktischen Gründen der einzelnen Mitgliedschaften fern müsse, jedoch soll in Zukunft den Gauoberleuten ein Verzeichnis der Mitglieder nebst Hauptbuchnummer und Angabe der geleisteten Beiträge angefügt werden. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, zu den Goutagen den gesamten Gauvorstand sowie die Geheißenerreiter der Tarifschiedsgerichte zwecks besserer Informierung einzuladen. Der Rest der Anträge, der sich mit kleinen Änderungen der Unterstützungssätze beschäftigte, um diesen gewisse Härten zu nehmen, wurden von der Versammlung beabteilungslos angenommen. Eine längere Debatte entspann sich darauf über einen Antrag der im Gau bestehenden Typographischen Gesellschaften, welche um einen jährlichen Zuschuß baten, da die Ausgaben für Bildungsbestrebungen ihrer Mitglieder ihre Kräfte übersteige. Mehrere Redner sprachen sich gegen den Antrag aus, da dies zu weittragenden Konsequenzen führen könne und die Sparten dann ebenfalls ein Recht hätten, finanzielle Beihilfen zu fordern. Auch Kollege Böblin verbreitete sich über diesen Wider die Spartenfrage und die Aufgaben derselben, riet ab, sich dauernd festzulegen, sondern es dem Gauvorstand zu überlassen, je nach Maßgabe der Verhältnisse und Bedürfnisse freiwillige Zuschüsse zu gewähren. Damit gaben sich die Antragsteller zufrieden.

Auf Antrag wurde der bisherige Vorstand per Akklamation wiedergewählt und als Ort für den nächsten Goutag Kiel bestimmt.

Unter „Verschiedenes“ wurde der Verbandsvorsitzende über die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen interpelliert. Kollege Böblin erwiderte, daß geeignete Kollegen durch den Gauvorstand in Vorschlag gebracht werden müßten, doch müsse die Gewähr gegeben sein, daß die erworbenen Kenntnisse auch im Interesse des Verbandes verwertet würden. Angeregt wurde noch, in den Versammlungen mehr Aufklärung zu schaffen über die Arbeitsnachweise, da es noch sehr viele Kollegen gibt, die mit den Einrichtungen derselben nicht vertraut wären und den Verwaltern durch ungenügende Informationen ihr ohnehin schwieriges Amt noch mehr verleideten.

Nachdem dem Gauvorstand im Namen der Delegierten der Dank für seine Arbeiten ausgesprochen wurde, ergriff der Vorsitzende das Schlußwort, dankte allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit, zollte der Mitgliedschaft Anerkennung für die freundliche Aufnahme volle Anerkennung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gepflogenen Verhandlungen der Gesamtheit zum Segen gereichen mögen. Mit einem Hoch auf unsern stolzen Verband wurde darauf der Goutag um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

Einer Einladung der Kollegen von Neumünster folgend, versammelten sich die Delegierten noch mit diesen zu einem Konnert und verblieben einige Stunden in angeregter Unterhaltung bis zur Scheidestunde an der gastlichen Stätte.

Unter „Verschiedenes“ wurde der Verbandsvorsitzende über die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen interpelliert. Kollege Böblin erwiderte, daß geeignete Kollegen durch den Gauvorstand in Vorschlag gebracht werden müßten, doch müsse die Gewähr gegeben sein, daß die erworbenen Kenntnisse auch im Interesse des Verbandes verwertet würden. Angeregt wurde noch, in den Versammlungen mehr Aufklärung zu schaffen über die Arbeitsnachweise, da es noch sehr viele Kollegen gibt, die mit den Einrichtungen derselben nicht vertraut wären und den Verwaltern durch ungenügende Informationen ihr ohnehin schwieriges Amt noch mehr verleideten.

Nachdem dem Gauvorstand im Namen der Delegierten der Dank für seine Arbeiten ausgesprochen wurde, ergriff der Vorsitzende das Schlußwort, dankte allen Erschienenen für ihre rege Mitarbeit, zollte der Mitgliedschaft Anerkennung für die freundliche Aufnahme volle Anerkennung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gepflogenen Verhandlungen der Gesamtheit zum Segen gereichen mögen. Mit einem Hoch auf unsern stolzen Verband wurde darauf der Goutag um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

Einer Einladung der Kollegen von Neumünster folgend, versammelten sich die Delegierten noch mit diesen zu einem Konnert und verblieben einige Stunden in angeregter Unterhaltung bis zur Scheidestunde an der gastlichen Stätte.

## Das Buchgewerbe im Auslande.

**Deutsche Schweiz.** Bei der Firma Deuteli & Co. in Olmplich bei Bern hat das gesamte dem Typographenbund angehörende Personal, 54 Mann, die Kündigung eingereicht. Grund zu dem Konflikt, der schon seit einiger Zeit auszubrechen drohte, bot das schätzbare Auftreten des Faktors, gegen das sich die ohne Ausnahme organisierten Geheißenerreiter energisch aufzulehnen veranlaßt sahen. Es ist also Vorsicht bei Konditionsangeboten notwendig!

**Frankreich.** Als Delfert zur Tarifbewegungschronik können die Erfolge in Velfort und Lyon serviert werden. In ersterer Stadt war der Tarif am 15. April abgelaufen und dessen Kündigung zeitigen eingereicht worden. Die Prinzipale wollten erst nur mit den Arbeitern direkt verhandeln, gaben diesen Wunsch aber wieder auf — weil sie sich unterdessen selbst orga-

nisiert hatten. Das Minimum betrug seither 5 Fr. und die Gehilfenforderung betrug 1 Fr. Zulage pro Tag, und der Gehilfenlohn ein sehr reger und die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten sehr hohe sind. Die Gegenpartei offerierte die Hälfte. Nach zwei Sitzungen der gemischten Kommission wurde nach Umschiffung einiger Klippen der neue Tarif in den Hafen gebracht. In Stoffelform bewilligt er für Seiger und Tiegelbinder nach drei Lehrjahren 2,75 Fr., nach vier 3,75 Fr., nach fünf 5 Fr. Seiger erhalten nach zehn Jahren im Beruf (einschließlich Lehrzeit) 6 Fr. und Drucker diese Staffel nach fünf Jahren. Auch die Lehrlingskala wurde zugunsten der Gehilfen reformiert und die Alfordarbeit, einem Beschlusse des Kongresses in Bordeaux Rechnung tragend, abgeklärt.

Eine ebenso erfreuliche Nachricht ist aus Lyon zu melden. Gleich der Tarifeinführung von 1906 konnten auch diesmal auf dem Wege friedlicher Verhandlungen durch eine gemischte Kommission der Sektion wesentliche Vorteile erlangt werden, trotz der Scharfmacherei im Prinzipalsorgan. Der neue Tarif, der schon in Kraft ist, brachte eine wöchentliche Lohnzulage von 3 Fr. Für die wenigen Kollegen, die noch im Berechnen stehen (höchstens 40), wurde der Pariser Tarif mit zehnprozentiger Reduktion angenommen. Die Zeitungssetzer erhielten für Nachtarbeit 60 Cts. Zulage pro Tag, ihr Lohn beträgt jetzt bei sieben Stunden Arbeitszeit 10,10 Fr. Außerdem wurde die Gehilfenskala verbessert und noch einige Vergünstigungen lokaler Natur eingeführt. Der neue Tarif wurde von allen Firmen außer der katholischen Druckerei Witte angenommen. Diese wollte in Anbetracht ihres „geringen“ Überschusses von 150000 Fr. im letzten Jahre nur 1,80 Fr. Zulage gewähren, und kam es deshalb dortselbst zum Streit; die Firma ist auf dem Inbegriff. Aus Anlaß des glücklichen Ausgangs der Bewegung bewilligte die Sektion 500 Fr. für zwei bedrängte Sektionen und die Infallunterstützungskasse des Verbandes.

Ein unerwartetes Resultat hatte die Urabstimmung über die Unneste wegen Verzuges gegen Verbandsprinzipien im Jahre 1906, die die Pariser Seigersektion veranstaltete. Die vom Komitee vorgeschlagene Annahme wurde mit 997 gegen 693 Stimmen, bei 41 unglücklichen, verworfen. Von 3600 Mitgliedern stimmten nur 1931! Das Komitee behält sich eine Prüfung dieser Frage vor. Das Verhältnis der Pariser Sektion zum Zentralkomitee charakterisiert übrigens die Einladung der ersten, daß ein Mitglied des Zentralkomitees ihrer Generalversammlung als „Zuhörer“ beizuhören könne. Natürlich dankte das Zentralkomitee für diese Ehre.

Der französische Verband hat seine Internationalität in letzter Zeit mehrmals durch freiwillige Beiträge an Arbeiterverbände bewiesen, so wurden bewilligt für Lissabon 500 Fr., für den belgischen Verband 500 Fr., für Finnland 500 Fr. und ein weiterer freiwilliger wöchentlicher Beitrag von 250 Fr. für die Kollegen des letztgenannten Landes.

In Paris wurde ein Kartell graphischer Verbände gegründet, deren Zahl bereits zehn beträgt. Bis zur definitiven Gründung eines graphischen Industrieverbandes soll das Kartell die Beziehungen der einzelnen Berufsverbände und eventuell gemeinsame Propaganda pflegen.

**Belgien.** Am 4. und 5. Juni hielt der belgische Buchdruckerverband in Louvain seine Jahresversammlung ab, die einen guten Verlauf nahm. Im Mittelpunkt des Interesses stand die noch immer nicht beendete Neuntundentagsbewegung, die sich über das ganze Land ausbreitet und bisher recht unterschiedliche Erfolge aufzuweisen hatte.

Bereits in Nr. 130 des Vorjahres waren wir in der Lage, die Namen der deutschen Preisträger beim internationalen typographischen Wettbewerb des Graphischen Studienklubs in Brüssel mitteilen zu können. Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß man die Preisträger diesmal nicht so lange wie früher auf das mit vieler Anstrengung Erreichte warten lassen möge. Diese Erwartung hat sich leider als trügerisch erwiesen, denn bis heute ist der vom deutschen Ausstellungskommissar Rat Albert gestiftete Sonderpreis noch nicht in den Besitz des betreffenden ersten Preisträgers gelangt. Das gleiche Schicksal teilen mit diesen die übrigen deutschen Preisträger. Wir meinen, eine derartige Saumseligkeit ist nicht gerade geeignet, ermunternd auf die Beteiligung deutscher Kollegen an internationalen typographischen Wettbewerben zu wirken.

Den Buchdruckerbestizern in Verviers ging ein Schreiben des Arbeits- und Industrieministers Subert zu, in welchem dieser die Anfrage stellt, ob seine Vermittlung zwischen den ausständigen Schriftsetzern und den Arbeitgebern zur Erzielung einer Einigung erwünscht sei. Ein Vermittlungsvorschlag der Zentrale der Handwerkervereinigungen war von den Prinzipalen unter der Begründung abgelehnt worden, daß sie nicht in der Lage seien, den Ansprüchen der Arbeiter auf Einführung des Neuntundentags nachzukommen. Ob die angebotene ministerielle Vermittlung besseren Erfolg haben wird, steht noch dahin.

**Großbritannien.** Der wunderschöne Monat Mai ist im allgemeinen einer der besten im Jahre, soweit das Buchdruckerhandwerk in London in Betracht kommt. Nichtsdestoweniger sind über 800 Arbeitslose zu verzeichnen, dazu kommen etwa 800 Streikende. Sehr bedenklich müssen angesichts dieser starken Arbeitslosigkeit die von in Arbeit stehenden geleisteten 82424 Überstunden im Monat April erscheinen. In der Lage des Streiks ist auch

nicht die geringste Veränderung eingetreten. Es verlautet, daß sich der Vorstand des Londoner Seigerverbandes an das Handelsministerium gewandt habe, damit dieses vermittelnd eingreife. Daß diese Vermittlung zu einem befriedigenden Resultate führen möge, wäre zu wünschen; doch ist es mehr als zweifelhaft. Anstehend haben die Prinzipale genügend „Kräfte“ aus der Provinz gezogen, die es ihnen ermöglichen, weiterzumarschieren, wenn auch mit Schwaben. Die ganz großen Firmen haben Reservefonds von ungeahnter Größe und zahlen zur Abwechslung in diesem Jahr einmal weniger Dividende. Gleichfalls wird gemutmaßt, daß einige Firmen, die bereits die fünfzigjährigenwöchige eingeführt haben, wieder zu 52 $\frac{1}{2}$  Stunden zurückkehren wollen. Sie nehmen nämlich irrtümlicherweise an, daß die Kasse des Verbandes zu geschwächt ist, um dem Bestreben Widerstand leisten zu können. Im übrigen bringt dieser Streit noch lange keinen Beweis von der Ausichtslosigkeit gewerkschaftlicher Kämpfe, sondern einzig den Beweis von der Mangelhaftigkeit der Organisationen im Gewerbe. Immer deutlicher wird es, daß die englischen Gewerkschaften mehr von den deutschen Gewerkschaften zu lernen haben als umgekehrt, und daß ihre „splendid isolation“ (Absonderung) durchaus nicht dem Fortschritt dienlich ist. Doch langsam, wenn auch unsicher, greift die Aufklärung auch auf die Reihen der englischen Buchdrucker über. Im Junihefte des „London Typographical Journal“ wird ausführlich über den Verband der Deutschen Buchdrucker berichtet. — In den Delegiertenversammlungen des Londoner Verbandes streitet man sich regelmäßig darum, ob die Arbeitslosen zum Bezuge der Streikunterstützung berechtigt sind. — Allem Anscheine nach kommt der „Daily Herald“, das zukünftige Tageblatt der britischen Arbeiter, bald zur Welt. Nicht allein aus London, sondern auch aus Irland und Schottland laufen Gelder zu dem Zweck ein. — Zur Beschäftigung und Förderung ihrer Interessen haben die Londoner Korrekturen einen neuen Verband gegründet. Damit sie auch „Erfolg“ haben, wählten sie sonderbarerweise Prinzipale und deren Vertreter gleich zu Vorstandsmitgliedern!

**Italien.** Aus der Tarifbewegung wird jetzt bekannt, daß der neue Tarif von Reggia Emilia, einer Provinzstadt, nicht nur der beste im Gau, die Stadt Bologna eingeschlossen, sondern diejenigen von Florenz, Neapel und Palermo übertrug. Die erreichte Lohn-erhöhung macht den stattdlichen Jahresbetrag aus von 21590,46 Lire, gleich 14 Proz. oder 139,36 Lire pro Gehilfe im Jahr. Wenn man ferner bedenkt, daß nur Organisierte beschäftigt werden dürfen, daß vier Feiertage bezahlt (der Wegfall des 1. Mai wird durch St. Stephano ersetzt), so hat der Zentralvorstand ganz recht, wenn er das Resultat, das nach nur achtägigem Streit errungen wurde, als einen schönen Erfolg bezeichnet. — In Frosinane (bei Rom) konnte, wohl infolge der Siege in der Hauptstadt, ebenfalls der neunstündige Arbeitstag eingeführt werden. — Ebenso endigte die Tarifbewegung in Ferrara nach wenigen Sitzungen der gemischten Kommission mit Annahme des Tarifentwurfs in fast unveränderter Form. — Weil ihre verlangte Lohnzulage nicht bewilligt wurde, traten die Lehrlinge der Firma Fienzi & Co. in Correggio in Streik. Der Regionalsekretär schlichtete der Konflikt dieser „rädgrastarten“ Gutenbergsenjamine, und nach erfolgter Genugtuung wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Mit der neuen Redaktion des „Lavoratore del Libro“ hat auch letzterer sein Gewand geändert. Schon lange ertönt das gleiche Klagebild über den Raumangel, daß der Kongreß das wöchentliche Erscheinen befristigt ablehnte, so hat die Redaktion nun eine Spalte mehr eingerichtet und für den ganzen Text kleinere Schriftgrade genommen und so dem Massenbestand und dem Interesse der Gehilfenchaft Rechnung getragen.

An Stelle der seitherigen Reiseunterstützung sind seit 1. Juni, nach dem Beschlusse der Generalversammlung, Tagesgelder getreten. Die täglich zurückgelegte Strecke muß 25 km betragen und die Tagesunterstützung beträgt 1,25 Lire nach mindestens 52 Beiträgen. Der Betrag der Unterstützung an den einzelnen Grenzgeschäften ist folgender: Gotthard—Mailand 2,50 Lire, Simplon—Novara 5 Lire, Triest—Trieste 5 Lire, Pontebba—Udine 3,75 Lire, Mailand—Verona 2,50 Lire. Nach einer Vereinbarung mit dem französischen Verband erhalten Kollegen, die von Nizza kommen, in Genoa 8,75 Lire, ebenso die von Chamberg in Turin eintreffenden den gleichen Betrag. Die neue Ortsunterstützung beträgt nach einem Jahre bei 26 in Italien geleisteten Beiträgen für die erste Kategorie 2 Lire für 01 Tage, bei 156 Beiträgen für 182 und bei mehr als 520 Beiträgen für 273 Tage.

**Portugal.** In Nr. 42 des „Korr.“ wurde über die Vorgeschichte und den Ausbruch des großen Buchdruckerstreiks in Lissabon berichtet, heute sei über dessen Verlauf und Resultat einiges hinzugefügt. Selbst diejenigen, die keine wertvollsten Materialisten sind, muß das Ergebnis dieses Streiks wieder einmal überzeugen, daß der Erfolg von Arbeiterkämpfen, selbst beim Vorhandensein der größten Quantität von Entschlussum, von vornherein ein zweifelhafter ist, wenn keine Munition in der Kasse ist: nur wenn sich das eine mit dem andern paart, dann gibt es einen guten Klang! Der letzte Streit sollte den Lissabonner Kollegen den Achtundentag und einen Minimaltarif für Gehilfenbesitzer und Berechner erringen helfen. Die erste Forderung stellt man ja öfter in südlichen Ländern mit der nötigen Begeisterung auf, ohne daß auch nur im entferntesten an eine ernsthafte Durchdringung gedacht werden könnte, was auch hier wieder zutrifft. Wie weit man davon entfernt, geht

daraus hervor, daß selbst die so berechtigte zweite Forderung dem gleichen Schicksale verfiel. Bei Ausbruch des Streiks schien es, als ob alles gut verlaufen wolle; einige Prinzipale nahmen die Forderungen an, wenn auch nur mit dem neun- und achtstündigen Arbeitstage. Die Mehrzahl der Prinzipale, besonders die organisierten, sahen jedoch in der gemäßigten Kommission, die den Tarif beraten sollte, ein unheilvolles Gespenst und weiterten sich, ihrerseits Vertreter zu wählen. Trotz des Überflusses an Arbeitslosen, Versammlungen usw. konnte die betreffende Kommission nicht zustandegebracht werden; die Prinzipale befehlten ihren ablehnenden Standpunkt bei. Unterdessen machte sich der Geisteslaster die Ebbe in der Klasse immer fühlbarer. Weder die „Blut“ der freiwilligen Subskriptionen noch die Extraktsteuer von 5 Proz. der Zeitungsseher konnte hieran etwas ändern. In der Bedrängnis wandte man sich an die Nachbarverbände mit dem Ersuchen, daß Spanien 100 Fr. und das französische Zentralkomitee 500 Fr. sandte, das ließ den Mut der Streikenden noch einmal aufleben; doch nur für kurze Zeit, er war zu schwach, um es mit dem passiven Widerstande der Prinzipale der geplanten Tarifkommission gegenüber aufzunehmen. Der Streik dauerte fort unter immer bedenklicher werdenden Verhältnissen. An Vermittlungsversuchen einflussreicher Persönlichkeiten hat es nicht gefehlt. Viele der Streikenden gaben die Hoffnung auf einen Sieg bald auf und kehrten, ermuntert von den Prinzipalen, in die Druckereien zurück. Trotz alledem ist es eine Leistung gewesen, unter den herrschenden Verhältnissen fünf bis sechs Wochen zu streiken; auch der Solidarität der arbeitenden Kollegen, die Kinder der Streikenden in Kost und Wohnung nahmen, ist zu gedenken. Es wäre ein starker Optimismus, das Resultat des Streiks einen „Sieg“ zu nennen; in einigen Druckereien konnte zwar das Terrain behauptet werden, wogegen es im großen und ganzen schlecht bestellt ist. Es war ein Streik, wie sie die derzeitige Lage in Portugal mit sich bringt. Durch die staatliche Umwandlung hat auch die Arbeiterschaft ihr Wunschbild präsentiert und in die neue Staatsform viele Hoffnungen gesetzt; für eine kurze Spanne Zeit hat es in dieser Beziehung schon viele Enttäuschungen gegeben. Andererseits ist es auch begrifflich, daß der Name Republik nicht allein genügt, um jahrelang bestehende Mißstände auf einen Schlag zu beseitigen, wenn den Organisationen selbst noch alles fehlt, was zu den Kämpfen um bessere soziale Verhältnisse vor allem nötig ist, nämlich Disziplin, Opferwilligkeit, ein Kriegsfonds und vor allem ein bestimmter Prozentsatz von überzeugten Mitgliedern.

Als erfreulich ist noch zu melden, daß, wenn alles gut geht, der beabsichtigte Anschluß des portugiesischen Verbandes an das Internationale Buchdruckersekretariat in Bälde erfolgen wird.

## Die Reichsversicherungsordnung.

(Nachdruck verboten.)

III.

### Krankenversicherung.

#### c) Einschränkung der Leistungen usw.

Die Säugung kann für Versicherte, die auf Grund der Reichsversicherung oder aus einer knappschaftlichen Krankenkasse oder aus einer Ersatzkasse binnen zwölf Monaten bereits für 26 Wochen hintereinander oder insgesamt Krankengeld oder die Ersatzleistungen dafür bezogen haben, in einem neuen Versicherungsfalle, der im Laufe der nächsten zwölf Monate eintritt, die Krankenhilfe auf die Regelleistungen und auf die Gesamtdauer von dreizehn Wochen beschränken. Dies gilt nur, wenn die Krankenhilfe durch dieselbe nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt wird. Gegenüber dem bisherigen Recht ist hier wiederum eine Verschlechterung eingetreten, denn die Beschränkung der Krankenunterstützung konnte nur eintreten, wenn der Versicherte die Krankenunterstützung von derselben Klasse bezogen hatte. Nach der Reichsversicherungsordnung tritt diese Beschränkung auch ein, wenn der Versicherte die Unterstützung von verschiedenen Klassen, sogar von Ersatzklassen erhalten hat. Nach dem Kommissionsbericht zum 11. Buch, Seite 74, führte ein Regierungsvertreter hierzu u. a. aus: „Die Vorschrift gebe den Krankenkassen die Möglichkeit, sich gegen eine übermäßige Inanspruchnahme durch chronisch Kranke zu schützen. Diese Möglichkeit müsse gegeben werden, da die dauernde Unterstützung chronisch Kranker in deren Beiträgen keine entsprechende Gegenleistung finde und sonach nur auf Kosten der übrigen Versicherten erfolgen könne. Zudem sei die Krankenversicherung ihrem ganzen Aufbau nach nicht für chronisch Kranke bestimmt.“

Die Kürzung des Krankengeldes bis auf den durchschnittlichen Arbeitsverdienst bei Doppelversicherung ist beibehalten worden. Die Säugung kann die Mitglieder verpflichten, die Höhe der Bezüge aus der anderen Krankenversicherung mitzuteilen. Nur ist die Frage nicht gestellt, aus welcher Krankenversicherung die Bezüge herzurühren. Die Klassen können die Kürzung auch ganz oder teilweise ausschließen.

Das Krankengeld kann Mitgliedern ganz oder teilweise verweigert werden, die die Klasse durch eine strafbare Handlung geschädigt haben, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, für die Dauer eines Jahres. Ferner, wenn sie sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Betragen bei Schlägeren oder Raufhändeln zugezogen haben, für die Dauer dieser Krankheit. In diesen Fällen kann also nur das

Krankengeld, nicht aber die ärztliche Behandlung usw. verweigert werden. Vorsätzliches Zuziehen einer Krankheit ist nur dann anzunehmen, wenn die Absicht, das ist der Wille des Mitglieds, darauf gerichtet war, sich die Krankheit zuzuziehen.

Die Krankenhilfe ruht: 1. solange der Berechtigte eine Freiheitsstrafe verbüßt oder sich in Untersuchungshaft befindet oder in einem Arbeitshaus oder in einer Besserungsanstalt untergebracht ist; ist der Versicherte durch Krankheit arbeitsunfähig geworden und hat er von seinem Arbeitsverdienste bisher Angehörige ganz oder teilweise unterhalten, so ist ihnen das Hausgeld zu gewähren; 2. für Berechtigte, die sich nach Eintritt des Versicherungsfalles freiwillig ohne Zustimmung des Klassenvorstandes ins Ausland begeben, solange sie sich dort ohne diese Aufenthalt; für bestimmte Grenzgebiete kann der Bundesrat das Ruhen des Anspruchs ausschließen; 3. für berechtigte Ausländer, solange sie wegen Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Reichsgebiet ausgewiesen sind. Das gleiche gilt für berechtigte Ausländer, die aus Anlaß der Verurteilung in einem Strafverfahren aus dem Gebiet eines Bundesstaats ausgewiesen sind, solange sie sich nicht in einem andern Bundesstaat aufhalten. Hat der Berechtigte im Inland Angehörige, denen das Statut Familienhilfe zubilligt, so ist diese zu gewähren. Diese Bestimmungen gelten entsprechend auch bei Wochenhilfe sowie in den Fällen der Nr. 1 und 2 für die berechtigten Familienmitglieder. Gibt ein Versicherter nach Eintritt des Versicherungsfalles seinen Aufenthalt im Inland auf, ohne daß die Krankenhilfe ruht, so kann ihn die Krankenkasse dafür durch einmalige Zahlung anfinden. Diese muß dem Werte der Klassenleistungen entsprechen, auf die er im Inlande nach der vorausgesetzlichen Dauer der Krankheit Anspruch haben würde; hierbei sind für Krankenpflege drei Viertel des Grundlohns anzusetzen. Für die Wohnung ist auch bei Streit das Gutachten des Arztes maßgebend, über den die Beteiligten sich einigen, sonst das des beamteten Arztes. Diese Bestimmungen finden ebenfalls bei Wochenhilfe Anwendung.

Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus der Klasse aus, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechs Wochen (bisher drei Wochen) versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Klasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Die Klasse hat dem Berechtigten auf Antrag seinen Anspruch auf diese Leistung zu bescheinigen. Sterbepflicht wird auch nach Ablauf der drei Wochen gewährt, wenn die Krankenhilfe bis zum Tode geleistet worden ist. Der Anspruch fällt weg, wenn der Erwerbsloste sich im Ausland aufhält und die Säugung nichts andres bestimmt.

Die Ansprüche der Versicherungspflichtigen auf die Regelleistungen entstehen mit ihrer Mitgliedschaft. Die Ansprüche auf die Klassenleistungen verjähren in zwei Jahren nach dem Tage der Entschung.

#### d) Kasernen.

Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung sind: die Ortskrankenkassen, die Landkrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen. Neben der allgemeinen Ortskrankenkasse werden auch Ortskrankenkassen für einzelne oder mehrere Gewerbszweige zugelassen, sofern sie mindestens 250 Mitglieder zählen, der Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Klasse dadurch nicht gefährdet wird usw.

Betriebskrankenkassen dürfen nur errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige (bisher 50) beschäftigt werden. Für landwirtschaftliche Betriebe genügen schon 50 Versicherungspflichtige. Bereits bestehende Betriebskrankenkassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, Kasernen für landwirtschaftliche Betriebe, wenn sie mindestens 50 Mitglieder haben.

Für Innungskassen ist eine Mindestmitgliedszahl nicht vorgeschrieben. Eine solche darf ebenfalls nur errichtet werden, wenn sie den Bestand oder die Leistungsfähigkeit usw. vorhandener allgemeiner Orts- oder Landkrankenkassen nicht gefährdet. Das letztere gilt auch für Betriebskrankenkassen.

#### e) Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft Versicherungspflichtiger beginnt mit dem Tage des Eintritts in die versicherungspflichtige Beschäftigung. Arbeitsunfähige bleiben Mitglieder, solange die Klasse ihnen Leistungen zu gewähren hat. Scheidet ein Mitglied, das auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen (bisher drei Wochen) versichert war, aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so kann es in seiner Klasse oder Lohnstufe Mitglied bleiben, solange es sich regelmäßig im Inland aufhält und nicht infolge Eintritts in eine andere Klasse ausscheidet. Es kann auch in eine niedrigere Klasse oder Lohnstufe übertreten. Wer Mitglied bleiben will, muß es der Klasse binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Arbeit oder der Beendigung der Klassenleistungen anzeigen. Wer jedoch in der zweiten oder dritten Woche erkrankt, hat für diese Krankheit, sofern ihm als erwerbslos Ausgeschiedener schon Ansprüche zustehen, nur Anspruch auf die Klassenleistungen, wenn er die Anzeige in der ersten Woche gemacht hat. Bisher mußte die Meldung überhaupt innerhalb der ersten Woche erfolgen. Der Anzeige steht es gleich, wenn in der gleichen Frist die säugungsmäßigen Beiträge gezahlt werden.

Mit Zustimmung des Oberversicherungsamts kann die Säugung längere Fristen bestimmen. Die Mitgliedschaft erlischt, wenn zweimal nacheinander am Zahltag die Beiträge nicht entrichtet werden und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind. Die Säugung kann diese Frist bis zum nächstfolgenden Zahltag verlängern. Die Reichsversicherungsordnung hat nicht allein die Bestimmungen des geltenden Rechts bezüglich der Ansprüche der wegen Erwerbslosigkeit aus der Klasse Ausgeschiedenen, sondern auch die für die Weiterversicherung, wie ein Regierungsvertreter bei der Kommissionsberatung zugeben mußte, erschwert. Dadurch sollten die Kasernen gegen unberechtigte Ausnützer geschützt werden. Die An- und Abmeldungen zur Mitgliedschaft haben wie bisher innerhalb drei Tagen nach Beginn und Ende der Mitgliedschaft seitens der Unternehmer zu erfolgen.

#### f) Säugung, Vorstand, Ausschuss, Pflichten usw.

Für jede Krankenkasse ist eine Säugung zu errichten. In diese die vorgegebenen Mehrleistungen entsprechend mit aufzunehmen, muß das Bestreben der Kasernenorgane sein.

Die Geschäfte der Klasse werden von einem Vorstand und Ausschuss besorgt. Der Ausschuss besteht zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber und zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zählt höchstens 90 Vertreter. Bei den Ortskrankenkassen wählen die beteiligten volljährigen Arbeitgeber und die volljährigen Versicherten ihre Vertreter je aus ihrer Mitte, und zwar getrennt unter Leitung des Vorstandes. Die Vorstandsmitglieder werden durch den Ausschuss gewählt. Die Mitglieder des Ausschusses dürfen nicht dem Vorstand angehören, werden solche in den Vorstand gewählt, so scheiden sie aus dem Ausschuss.

Die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkassen wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Vorstandes. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Kommt diese Mehrheit nicht zustande, so wird die Wahl auf einen andern Tag anberaumt. Kommt die Wahl auch in der zweiten Sitzung nicht zustande, so benachrichtigt der Vorstand das Versicherungsamt. Dieses bestellt einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden aus Kosten der Klasse ausübt. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. Ein Arbeitnehmer darf nur dann als Vertreter bestellt werden, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitnehmer keinen Einspruch, ein Arbeitgeber keinen Einspruch erhebt. Als Arbeitgeber gilt nicht, wer nur Dienstboten oder unständige Arbeiter beschäftigt.

Mit diesen Bestimmungen hat man einen ganz erhöhten Eingriff in die Selbstverwaltung der Kasernen vorgenommen und nicht allein die Rechte der Versicherten, sondern auch derjenigen Arbeitgeber, die nur Dienstboten oder unständige Arbeiter beschäftigen, erheblich beschränkt. Bei den Betriebskrankenkassen ist dem Unternehmer oder seinem Vertreter gleichgültig der Vorstoß im Vorstand eingeräumt.

Der Vorstand hat die Klasse zu verwalten, die Beamten usw. anzustellen und ihre Dienstführung zu beaufsichtigen. Die Anstellung der Beamten erfolgt durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstand. Einigen sich die Gruppen nicht, so wird die Beschlussfassung auf einen andern Tag anberaumt. Wird auch dann keine Einigung erzielt, so kann die Anstellung beschlossen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen; ein solcher Beschluss bedarf der Bestätigung durch das Versicherungsamt. Sie darf nur auf Grund von Tatsachen verfaßt werden, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgesetzten die erforderliche Zuverlässigkeit, insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte, oder die Fähigkeit fehlt. Wird die Bestätigung verweigert, so entscheidet auf Beschwerde des Vorstandes das Oberversicherungsamt endgültig. Für die Beamten ist eine Dienstordnung aufzustellen. Bei der Anstellung der Beamten sind die Rechte des Vorstandes ebenfalls beschränkt und in die Dienstordnung sollen für die Beamten ganz lästige Bestimmungen aufgenommen werden, über die jemand sehr leicht stolpern kann.

Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt. Die freie Arztwahl ist nicht eingeschränkt, jedoch soll den Mitgliedern seitens der Klasse die Auswahl zwischen mindestens zwei Ärzten freistehen. Bei ausbrechenden Differenzen mit Ärzten kann mit Ermächtigung des Oberversicherungsamts eventuell statt der ärztlichen Behandlung eine bare Unterstützung bis zu zwei Dritteln des Krankengeldes gewährt werden.

Die Aufsicht über die Kasernen führt das Versicherungsamt. Wie bereits mehrfach gezeigt, hat man die Rechte der Versicherten ganz erheblich eingeschränkt, ihnen aber bei der Beitragszahlung wie bisher zwei Drittel und den Unternehmern ein Drittel auferlegt.

Bezüglich der Krankenversicherung sind in der Hauptsache nur die Verhältnisse bei den Orts- und Betriebskrankenkassen berichtigt worden. Bei den Landkrankenkassen wäre die Kritik noch viel mehr anzusetzen. Da unsere Kollegen denselben jedoch nicht unterstehen, soll davon Abstand genommen werden.

Halle a. S.

M. Güttenberg.

# Korrespondenzen.

**Amberg.** Selten liest man an dieser Stelle etwas über unsern Ortsverein, werden aber die Spalten unseres Organs einmal in Anspruch genommen, so muß dazu schon ein besonderer Anlaß gegeben sein. Auf der Tagesordnung unserer Monatsversammlung am 10. Juni, die vollständig besucht war (auch von Sulzbach war ein Kollege anwesend), stand das Referat über die Verbandsgeneralversammlung. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde Kollege Swoboda (Regensburg) das Wort erteilt zu seinem Referat. In eingehaltener Ausführlichkeit verstand er es, den Anwesenden klar vor Augen zu führen, welche schwere und umfangreiche Arbeit die Delegierten zu leisten hatten. Punkt für Punkt erläuterte der Referent in überzeugender Weise, so daß von einer Diskussion abgesehen werden konnte. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unsere Organisation schloß die impopuläre Versammlung. — Am anderen Morgen vereinigte ein kleiner Frühstopp auf unserm herrlichen Mariabühlberge nochmals die Mitgliedschaft, um mit unserm Referenten bis zur Abfahrt noch einige gemütliche Stunden verleben zu können.

**Baugen.** Unsere am 11. Juni abgehaltene Bezirksversammlung war von etwa zwei Dritteln der Mitglieder besucht. Während die auswärtigen Kollegen fast vollständig erschienen waren, glänzte ein großer Teil der Baugener Kollegen durch Abwesenheit. Unser Bezirksvorsitzender soll am 23. Juli im „Birgertgarten“ gefeiert werden. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung über die Generalversammlung. Dieser Aufgabe entledigte sich unser Gauverwalter Steinbrück (Dresden) in etwa zweistündiger Ausführung. Die Kollegen nahmen mit Verriedigung von den Beschlüssen der Generalversammlung Kenntnis. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** (Maschinenseger.) Die Versammlung am 11. Juni hatte einen guten Besuch aufzuweisen, war es doch jedem Kollegen von Interesse, zu hören, was auf dem Maschinensegerkongreß in Hannover verhandelt wurde. In seinem über einstündigen Referate, das unser Delegierter erstattete, entwickelte er ein klares Bild der dort gepflogenen Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse. Die eingehende und hinsichtlich verschiedener Vorkommnisse in unserm Gewerbe (wie Kontraktbrüche, Auszustellung usw.) sehr lehrreiche Berichterstattung, die verdient hätte, vor einem größeren Zuhörerkreis gehalten zu werden, fand lebhaften Beifall. In der kurzen Debatte, die sich an den Bericht anschloß, ergänzte unser Delegierter noch durch Beseitigung verschiedener Unklarheiten seine Ausführungen zur allgemeinen Zufriedenheit. Nach Erledigung einer Wahl zur Technischen Kommission sowie einiger Neuaufnahmen und geschäftlicher Angelegenheiten erreichte die Versammlung, der auch der Bezirksvorsitzende Bachhaus beizuhörte, ihr Ende.

**St. Gotha.** Unsere am 11. Juni tagende Bezirksversammlung war von 260 Kollegen besucht. Anwesend waren ferner Gauassessor Palm (Weimar) und die Kollegen Blitt (Meiningen) sowie O. Teichmann (Naumburg), welcher letzterer die Berichterstattung von der Generalversammlung in Hannover übernommen hatte. Referent verstand es vorzüglich, in seinen Ausführungen ein getreues Bild von den Tagungen unseres Buchdruckerparlamentes zu geben, wofür ihm seitens der Versammlung reichlich Beifall zuteil wurde. Eine sich anschließende Diskussion, in der auch der Wunsch laut wurde, mehr von den geschlossenen Verhandlungen zu erfahren, welschem Verlangen jedoch sämtliche nachfolgenden Redner widersprachen und ihre Zustimmung zu der eingeschlagenen Taktik bekräftigten, zeigte im allgemeinen, daß die Versammlung sich mit den Beschlüssen in Hannover einverstanden erklärte. Der Vorsitzende sprach in diesem Sinne dem Referenten Dank aus. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betreffend Stellungnahme zur Bezirksvorsitzerschaft wurde nach erhellenden Erläuterungen des Kollegen Palm und durch den einstimmigen Beschluß, der definitiven Übernahme der Geschäfte des Gauvorsitzers seitens des Kollegen Rog (Weimar) zuzustimmen, als erledigt betrachtet. Nach dringenden Ermahnungen des Vorsitzenden, unsern Führern volles Vertrauen entgegenzubringen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**M. Sp. Nien.** Im Februar d. J. konnte der hiesige Maschinenmeisterverein „Kloppholz“ auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. 1886 gegründet, entwickelte sich der Verein nur langsam, was seinen Grund in der Fluktuation am hiesigen Orte hatte. Dennoch war der Verein bestrebt, seinen Mitgliedern nach jeder Richtung hin etwas zu bieten. Innerhalb der 25 Jahre ist somit viel geleistet worden zum Wohl und Nutzen unserer großen Organisation. Der hiesige Maschinenmeisterverein beschloß, Pfingsten 1911 das silberne Jubiläum in festlicher Weise zu begehen. Eine Anzahl Einladungen war deshalb versandt worden, um mit Kollegen aus nah und fern einige rechte kollegiale Stunden zu verleben. Wenn die Teilnahme nicht ganz den Erwartungen des Festkomitees entsprach, so dürfen wir doch mit dem Verlaufe des Festes zufrieden sein. Sonnabend fand ein Kommerz statt. Sonntag früh trafen in recht zahlreicher Weise die Kollegen mit ihren Damen ein. Nach einer kurzen Begrüßung und einer kleinen Erholung unternahmen die Teilnehmer unter Führung hiesiger Kollegen einen Spaziergang durch die Stadt, Schloßgarten—Düsterbrook—Weserve, Strandweg zum „Hotel Düsterbrook“. Dortselbst fand der Frühstopp statt. Um 2 Uhr vereinigte man sich zur Mittagstafel im „Gewerkschaftshaus“, dem sich die Besichtigung eines Kriegsschiffs anschloß. Abends 8 Uhr fand dann der

Festakt statt im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“, eingeleitet durch einige Musikpiecen. Besonders verdient unser allezeit hilfsbereiter Gesangverein „Gutenberg von 1898“ hervorgehoben zu werden. Unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Herrn Dachs half er uns das Fest bedeutend verschönern. Unser Gauvorsitzer M. Prüter hielt die Festrede, worin er den Gästen den Werdegang des Vereins von der Gründung an bis zum heutigen Tage wirkungsvoll schilderte. Es folgten Konzert, Gesänge und andre Vorträge, bis der Tanz in seine Rechte trat, der alle Teilnehmer gemütlich zusammenhielt. Am zweiten Pfingstfeiertag morgens war eine Tour in See vorgezogen. Pünktlich zur angegebenen Zeit versammelten sich die Teilnehmer, und vom herrlichsten Wetter begünstigt dampfte unser Schiff an allen im Kriegsschiffen liegenden Kriegsschiffen vorbei. Ganz weit hinaus in die offene See, wo das menschliche Auge nichts als Wasser sieht, bewegte sich das stolze Fahrzeug ruhig. Für die Buchdruckerlungen gewiß ein Genuß. Gegen 1 Uhr langten wir wohlbehalten in Kiel wieder an. Beim Abschiedskommers im Hotel „Sanssouci“ vergingen in sibieler Stimmung die Stunden nur allzu schnell. Mit einem „Auf Wiedersehen“ verabschiedete man sich am Bahnhof in dem Bewußtsein, einige frohe und kollegiale Stunden verlebt zu haben. Zum Schluß sei uns noch gestattet, allen denen, die des Maschinenmeistervereins „Kloppholz“ gedachten, oder sich in seinen Dienst stellten, um so das Fest zu einem schönen zu gestalten, unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

**Amberg.** In der am 11. Juni stattgehabten Mitgliederversammlung erstattete Kollege Klein (Bamberg) Bericht über die Generalversammlung unfres Verbandes. Den etwa zweistündigen Ausführungen folgten die Kollegen mit sichtlichem Interesse und gaben ihr Einverständnis zu den in Hannover gefaßten Beschlüssen. Den Dank für das vorzügliche Referat stattete Vertrauensmann Buchta ab, die Kollegen zu treuer Mitarbeit auffordernd. Weiter wurde noch die Aufnahme mehrerer Kollegen vollzogen, so daß gegenwärtig nur noch ein Nichtmitglied am Orte vorhanden ist. Unser Mitgliederzahl beträgt 17.

**Lahr.** Unsere am 10. Juni stattgehabte Monatsversammlung war fast vollständig besucht, was wohl darauf zurückzuführen war, daß unser Gauvorsitzer Lindenlaub (Freiburg), über die Verbandsgeneralversammlung Bericht erstattete. Der Vorsitzende begrüßte zunächst den Referenten. Vier Neuaufnahmen waren zu verzeichnen, darunter befanden sich drei vom Gutenbergsbunde zum Verband übergetretene Kollegen. Hierauf ergriff Kollege Lindenlaub das Wort und entrollte in seinem einviertelstündigen Referat ein äußerst übersichtliches Bild von der Generalversammlung. Die gespannte Aufmerksamkeit während des Referats sowie die debattelose Zustimmung zeigten, daß die Versammlung voll und ganz mit den getroffenen Vereinbarungen und mit der in Hannover geleisteten Arbeit unfres Delegierten einverstanden war. Der Vorsitzende dankte dem Referenten im Namen der Versammlung für den ausführlichen Bericht. — Am 26. Juni findet unser Jahresfest statt, verbunden mit dem dreißigjährigen Stiftungsfeste des Ortsvereins Lahr und dem vierzigjährigen Verbandsjubiläum unfres Kollegen Georg Friedrich Stolz. Nach Erstattung des Parteiberichts und nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die von regem Interesse für den Verband zeugende Versammlung.

**z. Stuttgart.** (Mitgliedschaftsversammlung am 5. Juni.) Als der Vorsitzende am Schluß der letzten Versammlung an die Anwesenden appellierte, nach Möglichkeit für eine äußerst zahlreiche Beteiligung an der heutigen Versammlung Sorge tragen zu wollen, hatte er gewiß nicht dem Gedanken Raum gegeben, eine solche große Anzahl von Kollegen versammelt zu sehen, wie dies tatsächlich der Fall war. Saal und Galerie waren voll besetzt. Die Tagesordnung hatte es jedem angetan, sollte doch von zwei Generalversammlungen und vom Gantage Bericht erstattet werden. Noch nicht einmal das bewußte akademische Viertel war verstrichen, als Kollege Knie die Versammlung eröffnete. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Kollegen Otto Schröber, Wilhelm Meerboth, Joseph Berck und Ludwig Maffei; die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen in üblicher Weise. Inzwischen ging ein Antrag des Kollegen Wlitzig ein, die Berichterstattung der Generalversammlung der württembergischen Kaffe als ersten Punkt zu behandeln, womit die Versammlung sich einverstanden erklärte. Unter „Bereinsmitteilungen“ brachte Kollege Knie zunächst vor, daß zum Gewerkschaftskongreß in Dresden vom Kollegen Beyerling ein Antrag eingegangen, der der Kürze der Zeit halber direkt an den Vorsitzenden Begien eingeschandt worden und mit den sonstigen Anträgen im „Korrespondenzblatt“ zur Veröffentlichung gelangt sei. Des weiteren besprach Redner den Stand der buchdruckerlichen Bewegungen im Auslande sowie einige lokale Angelegenheiten. Hierauf erhielt Kollege Wenzel das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung der württembergischen Kaffe. In sachlicher und leicht verständlicher Weise entlegte er sich seiner Aufgabe. Die eingehende Diskussion war eine äußerst scharfe, zum Teil sehr erregte. Kollege Wlitzig war erstaunt über den Beschluß betreffend die Verwendung des Restvermögens der früheren württembergischen Invalidentafel. Er erklärte diesen für nicht rechtsgültig, weil er glaubte, daß viele der Delegierten nicht stimmberechtigt gewesen seien, da sie bei der Auflösung der Kaffe im Jahre 1885 nicht Mitglied derselben gewesen wären; er protestierte entschieden dagegen, wurde sich an

den Verbandsvorstand eventuell noch an weitere Instanzen wenden, und stellte einen Antrag, in dem er verlangte, daß der Vorstand aufgefordert werde, den Beschluß bis zur nächsten Generalversammlung nicht auszuführen, da er ungesetzlich sei. Kollege Knie erwiderte ihm, er möge ruhig zum Stuhl laufen, das Recht der Beschlußfassung alteriere nichts an dem Bau einer Klage. Der Vorstand sei sich schon bewußt, was er zu tun und zu lassen habe. Der Antragsteller hätte klüger getan, seine Kandidatur seinerzeit aufrecht zu erhalten, dann würde er jedenfalls Gelegenheit gehabt haben, bei der Generalversammlung zu protestieren. Kollege Simon wandte sich in scharfen Worten gegen den Kollegen Wlitzig, er habe geahnt, daß eine solche Aktion kommen werde, da er schon bei der Vorbesprechung der Stuttgarter Delegierten darauf aufmerksam gemacht worden sei. Laut bestehender Verträge habe der Vorstand nicht anders handeln können, als einen solchen Antrag einzubringen. Kollege Fischer bezweifelte nachträglich die Abstimmung, welcher Vorwurf vom Vorsitzenden energisch zurückgewiesen wurde. Er (Fischer) könne es nicht begreifen, daß der Antrag in dieser Gestalt angenommen worden sei. Zuständig zur Beschlußfassung sei aber die Generalversammlung gewesen. Es sprachen noch die Kollegen Hummel, Foyer und Klein, alle dem Antragsteller entgegengetretend, bis ein Schlussantrag der unliebsamen Debatte ein Ende machte. In seinem Schlusswort wandte sich Kollege Wlitzig gegen die einzelnen Redner, von Vertretern sei ihm nichts bekannt gewesen. Es folgte nun eine Reihe faktischer und persönlicher Bemerkungen. Als der Vorsitzende über den Antrag abstimmen lassen wollte, zog ihn Kollege Wlitzig zurück. Dem Wunsch des Kollegen Schröder, gleich den Bericht vom Gantage anzuschließen, willfahrte die Versammlung nicht. Es folgte nunmehr der Bericht von der Generalversammlung in Hannover. Die Kollegen Knie und Klein hatten sich darin geteilt. In je dreiviertelstündigen Ausführungen beleuchteten beide Redner in eingehender Weise den Standpunkt der Generalversammlung sowohl in tariflicher Beziehung wie auch zu den sonstigen zur Beratung gestandenen Gegenständen. Infolge der vorgerückten Zeit stellte der Vorsitzende die Anfrage, ob man in eine Diskussion eintreten und den Bericht vom Gantage entgegennehmen wolle oder ob Vertagung auf eine in kürzester Zeit einuberensende Versammlung eintreten solle. Trotz dem verschiedene Redner für Weiterberatung pläbierten, entschied sich die Mehrheit für die Vertagung.

**Worms a. Rh.** Die am 10. Juni abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen, der insbesondere der Berichterstattung von der Generalversammlung zugunsten war. Nach Erledigung einiger Eingänge und nach Zurückstellung eines Antrags ergriff Kollege Knie das Wort und berichtete über die letzte Kartellfestung. Hierauf ergriff Kollege Knoblauch (Darmstadt) das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung in Hannover. In etwa einviertelstündigen Ausführungen verstand es Redner, der Versammlung ein klares, übersichtliches Bild von den in Hannover gepflogenen Verhandlungen zu geben. Reichlich wohlwollender Beifall wurde dem Referenten zuteil. Nach kurzer Debatte wurde dann folgende Resolution gefaßt: „Die am 10. Juni im „Gewerkschaftshaus“ zu Worms versammelten Mitglieder des Bezirksvereins Worms des B. d. D. erklären sich mit den auf der Generalversammlung in Hannover gefaßten Beschlüssen voll und ganz einverstanden und sprechen den Gehilfenvertretern sowie dem Zentralvorstand ihr vollstes Vertrauen aus und erwarten von ihnen, daß sie bei der bevorstehenden Tarifrevision dafür eintreten, daß allen Kollegen eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende wirtschaftliche Verbesserung zuteil wird.“ Nach einem vom Gesangsverein „Typographia“ zum Vortrage gebrachten Liede schloß der Vorsitzende die allreue verlaufene Versammlung.

## Richtigstellung.

Im Interesse des gewiß größten Teils der Erfurter Bezirkskollegen glaube ich als Versammlungsteilnehmer den in Nr. 67, Seite 1, Spalte 3, kritisierten Vorgang folgendermaßen richtigstellen zu müssen: Bedinglich ein Redner, geschmückt mit der durch den Krieger- und Militärvereinsbund auf den Straßen vertriebenen Kornblume, war mit der Mitwirkung der „deutschen Turner“ bei einem hannoverschen Feste nicht einverstanden. Wenn dieser Kritik auch vereinzelt Zustimmung erhielt, so kann doch von einer „allgemeinen Beurteilung“ gar keine Rede sein. Fand schon diese herzlich unbedeutende Sache im Bericht Erwähnung, dann mußte auch die Ergänzung hinzugefügt werden, daß jener Redner mit seinem widersprüchsvollen Verhalten — auf der Straße (und wohl hier nicht allein) als zahmer Engländer und in unsern Versammlungen als Radikaler auftretend — durch einen treffenden Zwischenruf und durch spätere Vorhaltungen allgemein der Lächerlichkeit anheimfiel.

Weimar. **Emil Prox.**  
Anmerkung der Redaktion: Nach dieser Darstellung können wir nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß der Erfurter Schriftführer den Vorfal ganz falsch dargestellt und der Vorsitzende den Bericht in dieser Fassung überdies noch gutgeheißen hat. Wir bemerken in Nr. 67 ausdrücklich, für uns wäre eine Notiznahme ganz ausgeschlossen, wenn ein einzelner sein Stedenpferd geritten hätte. Bedinglich der Umstand, daß von einer allgemeinen Beurteilung in dem Versammlungsberichte die Rede war, gab uns zu den betreffenden Ausführungen im Artikel V Veranlassung.



# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheintagsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 22. Juni 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 69.

### Rundschau.

Die Kollegen von Mainz und benachbarter Druckorte seien nochmals auf die am Sonntag, den 25. Juni, vormittags 11 Uhr, im Stadthause in Mainz stattfindende Jahresversammlung der Gutenbergs-Gesellschaft aufmerksam gemacht. Hans Köhler aus Basel, ein treuer Freund der Entwicklungsgeschichte der Kunst Gutenbergs, hat den Festvortrag übernommen, zu dem er sich als Thema „Die Buchillustrationen in den ersten Jahrzehnten des deutschen Buchdrucks“ gewählt hat. Alle Freunde der Gutenbergsache haben zu dieser Veranstaltung Zutritt, weshalb es für die Buchdrucker der Vaterstadt unrespektvoll ist, sozusagen eine Ehrensache wäre, die Bestrebungen der genannten Gesellschaft durch zahlreichem Besuch zu unterstützen, damit gleichzeitig dokumentierend, daß alle Bemühungen, den Namen und das Werk Gutenbergs in Ehren zu halten, in der Gelehrtenwelt dankbar gewürdigt werden.

Mangelhafte Lehrlingsausbildung ist in der Buchdruckerei von Hh. Süß in Wilhelmshaven trotz der im vorigen Jahr erfolgten Beurteilung zur Leistung einer Entschädigung von 500 Mk. an einen ungenügend ausgebildeten Lehrling immer noch eine bedauerliche Erscheinung. Denn in den letzten Tagen beendete bei dieser Firma wieder ein Drucker seine Lehrzeit, der in vier Jahren knapp acht Tage an der Schnellpresse unterweisen worden war. Trotz mehrmaligen Eingreifens der tariflichen Instanzen und verschiedener Urteile des Tarifschiedsgerichts in Bremen glaubt die Geschäftsleitung, von der von ihr bisher beliebten „Aus-bildung“ (in Hilfsarbeiter- und Votendiensten) den heutigen Anforderungen Genüge zu tun. Um die von der Handwerkskammer gegen sie unternommenen Schritte wirkungslos zu machen, hat sich die Firma ihren Betrieb als „Fabrikbetrieb“ erklären lassen. Es wäre darum sehr interessant, einmal zu erfahren, was die zuständige Handelskammer zu einer derartigen abschließlichen Umgehung der allgemein üblichen Verpflichtung zur Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses zu sagen hat. Ob es wirklich Tatsache ist, daß die Handelskammer für solche gewerkschaftliche Tendenzen als Schlupfwinkel dienen? Da wir jedoch nicht so optimistisch sind, um anzunehmen, daß wir darüber eine befriedigende Auskunft erhalten, so hoffen wir die Öffentlichkeit und hauptsächlich jene Kreise, aus welchen Buchdruckerlehrlinge hervorgehen, auf das Bedenkliche solcher Praktiken in Lehrlingsausbildung durch vorstehendes genügend aufmerksam gemacht zu haben.

Die Meisterprüfung bestanden mit bestem Erfolge vor dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer zu Emden je ein Kollege aus Wilhelmshaven und Wittmund (Ostfriesland).

Über den Ausstellungstermin des Zeugnisses brachte die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ in Nr. 48 eine Notiz, die, soweit sie in ihrer allgemeinen Fassung auch für die Gelehrten als Richtschnur dienen sollte, von einer diesbezüglichen Entscheidung des Tarifamts abweicht. Während in der „Zeitschrift“ der Abgangstag als Termin für die Ausbändigung eines Zeugnisses bezeichnet wird, hat das Tarifamt den Kündigungstag oder den nächstfolgenden Arbeitstag als solchen bezeichnet. Auf Seite 156 und 157 des Kommentars ist die in Frage kommende Entscheidung zu finden, auf die wir, um Irrtümern vorzubeugen, besonders verweisen.

Der Reichsverband der deutschen Presse hielt am 19. Juni in Eisenach seinen ersten Delegiertentag ab, Beschlüsse, die für das Buchdruck- oder Zeitungsgewerbe einige Bedeutung hätten, wurden auf der Tagung nicht gefaßt.

Der Verein Deutscher Papierfabrikanten, oder wie diese Vereinigung in der Fachpresse auch bezeichnet wird, der „Deutsche Papierverein“, hielt seine diesjährige Generalversammlung in Danzig ab und erbrachte den Beweis, daß seine Tendenzen bezüglich der Sozialpolitik und Koalitionsfreiheit sehr eigentümlich sind und mit Toleranz, Gerechtigkeitsgefühl und Arbeiterfreundlichkeit gar nichts zu tun haben. Dafür sorgt der nachfolgende Wortsatz, der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Regierungsrat Dr. Schweighöfer, der in diesen Fragen der spiritus rector des Verbandes zu sein scheint, in hervorhebender Weise. Er hielt auf der Generalversammlung einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung und ist mit dieser noch viel weniger zufrieden als die Versicherten, aber aus ganz entgegengegesetzten Gründen als diese. Die Regierung habe die Wünsche der Industrie hinter jene der Arbeiter gestellt, den letzteren erhebliche soziale Vorteile zukommen lassen und durch die Mehrbelastung der Industrie deren Wettbewerb im Weltmarkt erschwert. Er sang die alte Mär von der Zusammenbruch der Industrie herbeiführenden sozialen Überlastung in allen Tonarten. Auch Dr. Zängler fehlte auf dieser Tagung nicht. Seine

alte und bittere Gegnerschaft gegen die freien Gewerkschaften verleitete ihn zu einer Lobeshymne auf die „nationalen“ Arbeitervereine. Er wußte sogar den Lufkniff zu erzählen, daß die freien Gewerkschaften den Kampf nicht der Ziele wegen, sondern um des Kampfes willen führen, was darauf schließen läßt, daß die freien Gewerkschaften am Ende vom Liebe nicht mehr um eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen werden, sondern nur noch um Herrn Dr. Zängler zu ärgern. Haben diese Leute eine Ahnung vom Denken und Fühlen der Arbeiterklasse! Das Wachstum der freien Gewerkschaften sieht dieser gelehrte Herr nicht in der zunehmenden Selbsterkenntnis der Arbeiter begründet, sondern im Terrorismus der freien Gewerkschaften. Darum wünschte er, daß sich die Arbeitgeber der unorganisierten Arbeiter annehmen und deren Zusammenschluß in nationalen Arbeitervereinen begünstigen sollten. Erfreulicherweise mehren sich aber die Zeichen in letzter Zeit, daß auch die bisher unorganisierten Arbeiter, im Liebeswerben mancher Unternehmer um die nationalen Arbeitervereine nur ein Spiegelbild der bekannten Fabel, in der der Fuchs den Esen predigt, sehen. Insbesondere trifft dies auf die Arbeiter der polygraphischen Gewerbe, die für die Papierfabrikanten in erster Linie in Frage kommen, zu. Zimmerlin ist es aber sehr gut, daß der Verein Deutscher Papierfabrikanten über die Richtung seiner „Sozialpolitik“ keinen Zweifel gelassen hat. Die in Frage kommenden Arbeiterkategorien werden sich danach einrichten müssen.

Zur Abwehr unberechtigter Beschlagnahme von Postkarten und Bildern hat der Schutzverband der Postkartenindustrie an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, worin um Errichtung einer Prüfungsstelle gebeten wird, die die Aufgabe zufallen sollte, die ihr eingegangenen Entwürfe zu Postkarten und Bildern zu prüfen. Wird von dieser Stelle ein Entwurf als einwandfrei erklärt, so soll weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft noch das Recht haben, derartige Druckerzeugnisse zu beschlagnahmen. Dieser Eingabe hat sich auch der Deutsche Papierverein angeschlossen. Eine Rückäußerung der Regierung ist noch nicht erfolgt.

Eine internationale Zeitung unter dem Titel „Le Journal International“ wurde in Paris gegründet. Ihr Redaktionsstab soll aus 80 Journalisten bestehen, wovon jeder ein anderes Land vertritt.

Die Zentralverbände in Koblenz befinden sich nach einer Mitteilung des dortigen Gewerkschaftskartells nach wie vor in der „Karlshurg“, Wölfergasse 2/4. Zur Berichtigung anderer Meldungen, die von einem Konkurrenzunternehmen ausgehen, werden die reisenden Kollegen ersucht, von dieser Feststellung Notiz zu nehmen.

Die Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses wird um einen Beratungsgegenstand erweitert werden, und zwar um die Errichtung einer „Volksfürsorge“, einer gewerkschaftlich-öffentlichen Unterstüßungseinrichtung. Der zweite Vorsitzende der Generalkommission, Gustav Bauer, hat das Referat dazu übernommen.

Der schon erwähnte Standpunkt der Versicherungsgesellschaft „Victoria“, wonach deren Leitung einen Verrat von Geschäftsgeheimnissen darin erblickt, wenn ihre Angestellten einen auf die Anstellungsbedingungen bezugnehmenden statistischen Fragebogen des Verbandes der deutschen Versicherungsbeamten ausfüllen würden, ist in Wirklichkeit noch viel eigenartiger, als wir in den Nrn. 50 und 65 des „Korr.“ andeuteten. Denn das Verbot richtet sich nicht gegen die Erhebungen der freien Gewerkschaft der Bureauangestellten, sondern gegen eine gelbe Organisation, die, wie uns der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten meldet, von dem Gelde der Versicherungsdirektionen lebt. Danach muß die Direktion die Aufnahme einer Statistik über die Anstellungsverhältnisse ihrer Angestellten ganz außerordentlich zu fürchten haben, wenn sie solche Erhebungen nicht einmal den waterländischen und unternehmerfernen Arbeitern gestatten will!

Die Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur (früher Kulturgesellschaft Ernst Möbe [R.G.V.]) hielt am 18. Juni ihren ersten Gesellschaftstag in „Volkshaus“ zu Leipzig ab, der durch eine Anzahl von Delegierten besetzt worden war. Dem § 2, der von dem Zweite der Gesellschaft spricht, wurde folgende Fassung gegeben: „Unter Ausschluß parteipolitischer und konfessioneller Bestrebungen bezweckt die G. G. K.: Ausbreitung und Vertiefung genossenschaftlicher Ideen im gesamten Wirtschafts- und Kulturleben, gemäß dem Programme der G. G. K., und Anregung zu gleichgerichteter genossenschaftlicher Tätigkeit durch genossenschaftliche Vereinigung der Konsumenten zu gemeinsamer Wirtschaft und Kulturarbeit in gegenseitiger Hilfe.“ Der größte Teil der Verhandlungen wurde mit Beratungen über einen Satzungsentwurf ausgefüllt. Beschlossen wurde, vom bisher vorgesehenen Jahresbeitrag abzugehen und wöchent-

liche Beiträge in Höhe von 10 Pf. zur Einführung zu bringen, um auf diese Weise einen größeren Anhängerkreis als bisher zu gewinnen.

Die Verantwortlichkeitsfrage für Vorgefekte erhält durch ein Gerichtsurteil aus neuester Zeit eine besondere Auffrischung. Es wurde ein Werkmeister zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil er durch Versäumnis der nötigen Sorgfalt indirekt schuld daran war, daß eine Arbeiterin an Vergiftung starb. Diese sollte ein offenes Gefäß mit Hyantank in einem andern Arbeitsraum befördern, kam dabei zu Fall und erlitt durch Zyanalkvergiftung einen raschen Tod.

„Ehrlich hoch, Gata höher, Süßst am höchsten!“ In diese Superlative klingt eine Mitteilung der „Hilfe“ aus, wonach das Sypthilsheilmittel „Ehrlich Gata 606“ für die höchsten Farbwerte zu einer wahren Goldgrube geworden ist. Denn der Herstellungspreis dieses berühmten Seilmittels kostet nach den Ermittlungen erfahrener Chemiker etwa 3,60 Mk. pro Kilogramm. Die höchsten Farbwerte, die sich das alleinige Herstellungsrecht gesichert haben, lassen sich jedoch für 60 Zentigramm 6 Mk. bezahlen, erhalten also für ein Kilogramm 10000 Mk. So züchtigt die heutige Profitwut die bedauerlichen Opfer einer der gefährlichsten Krankheiten der Menschen.

### Briefkasten.

H. F. in J.: Da Ihr Fall schon über ein Jahr zurückliegt, können wir heute nicht mehr darauf eingehen. Übrigens kommen in letzter Zeit auf diesem Gebiete noch ganz andre Sachen vor. Es sind sogar Fälle zu verzeichnen, daß die Berufsgenossenschaft trotz direkt entgegengelegter ärztlicher Gutachten, ja selbst solcher ihrer eignen Vertrauensärzte, eine Herabsetzung oder Entziehung der Unfallrenten durchzusetzen versucht. Von einer im Vergleiche zu andern Berufsgenossenschaften fortschrittlicheren oder wohlwollenderen Behandlung der Unfallversicherten kann leider nicht mehr gesprochen werden. — R. W. in Stuz.: Einmal erstickte wir in Stoff und dann auch absolut ungeeignet. Also abgelehnt. Sobald Sie nähere Adresse angegeben haben, erfolgt Retournerung des Manuskripts. — D. in Hagen: Für Ihren Artikel haben wir ebenfalls keine Verwendung. — F. V.: Bringen Sie Ihre Monita in einer Versammlung vor, um verstanden Sie aber mit solcher Fragerei. — G. M.: Richard Calmer: „Monatliche Überlichten über Lebensmittelpreise“, Berlin W 50, Prager Straße 30. — E. T. in Berlin: Notiz ging dreifach bei uns ein; wir nahmen die erste. — S. P. in Würzburg: Nach Lehr, Sanatorium „Luitpoldheim“, wird schon seit 1909 ein Exemplar überwiesen. — G. W. in Reize: 2 Mk. — E. D. in Chemnitz: 7,25 Mk.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin S 7 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt 74, 11194.

**Nordwestgau.** Wahl des Gauverwalters. (Stichwahl.) Eingegangen 852 Stimmzettel, davon erhielten: E. Könnau (Bremen) 489, A. Weber (Bremen) 355 Stimmen, weiß 5, ungültig 3. Gewählt E. Könnau. — Das Gaubureau befindet sich vom 1. Juli ab: Bremen, Falkenstr. 41.

**Gau Rheinland-Westfalen.** Mehrfachen Anfragen zufolge machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß der erhöhte Beitrag mit Beginn des III. Quartals in Kraft tritt. Der erste Beitrag a 20 Pf. ist mithin am 8. Juli zu erheben.

**Essen.** Die Herren Funktionäre werden ersucht, die Adresse des Sebers Franz Reuter aus Urlon (Belgien) dem Bezirkskassierer W. Adamczewski, Aufsenstraße 32 II, mitzuteilen.

### Adressenveränderungen.

**Gerswalde.** Vorsitzender: Philipp Hopf, Breite Straße 22.

**Mühlheim (Baden).** Vorsitzender: Gottfried Bindenmayer, Kirchstraße 2; Kassierer: Kutschbach.

**Waldshut.** Wegen Adresse des Vorsitzenden sind bis auf weiteres Zuschriften an den Kollegen Gustav Adolf Moser, Friedrichstraße, zu richten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Eingewandungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dümig i. M. der Drucker R. D. Grachten, geb. in Leipzig-Bindenau 1893, ausgel. in Leipzig 1911. — A. Dahne in Schwerin, Mühlstraße 10 I.

In Koblenz der Drucker Artur Busse, geb. in Meß 1888, ausgel. in Krefeld 1906; war schon Mitglied. — P. Neu in Metternich b. Koblenz, Ericer Straße.

In Kulmbach der Seher Johann Ernst, geb. in Kulmbach 1870, ausgel. das. 1887; war noch nicht Mitglied. — In Mürrenstadt der Seher Joseph Hochreim, geb. in Mürrenstadt 1889, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Mainz der Maschinenseher Max Müller, geb. in Überlingen 1886, ausgel. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conrabi, Maurigenplatz 6 II.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Dem Drucker Franz Pessel (Hauptbuchnummer 86390), geb. am 6. November 1890 in Neudauzensleben, bitten wir Buch und Legitimation abzunehmen und an den Hauptvorstand einzusenden.

**Veranstaltungskalender.**

**Annaberg-Gudhof.** Versammlung Sonnabend, den 21. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Schwan“.

**Afherleben.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 3. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

**Blankenburg (Harz).** Außerordentliche Versammlung Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bär“ (Kur. Reinecke).

**Elberfeld-Barmen.** Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Sülzbach, II. Barmen.

**Güstenow i. M.** Versammlung Sonnabend, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im Hotel „Stadt Hamburg“.

**Hamburg-Altona.** Vorstandssitzung Montag, den 26. Juni, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Besenbinderhof 57.

**Kaiserslautern.** Versammlung Samstag, den 21. Juni, abends pünktlich 9 Uhr, in der „Braueri Oeth“.

**Ludwigschan a. Rh.** Versammlung Samstag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Bräudentopf“.

**Nordhausen.** Bezirksmaschinenseherversammlung am Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Gerrenhaus“ in Sangerhausen.

**Zentralverein der Buchdrucker und Schriftgießer Böhmens.**

Teilschen a. d. Elbe (Böhmen). Die Herren Kollegen werden vor dem Seher Karl Wilhelm Schubert gewarnt, welcher unter der Angabe, auf der Ferienreise nach hier seine Geldtasche mit 10 Mk. Inhalt verloren zu haben, sich 5 Mk. = 5,80 Kr. herausgeschwindelte. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hat Schubert seinen Konditionsort Döbeln in Sachsen noch vor Ablauf der Kündigungsfrist mit Hinterlassung bedeutender Schulden verlassen. Er hat sich in Döbeln nicht einmal vom Kassierer abgemeldet, sondern ist mit bedeutenden Resten verduftet.

**Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitmangel leidet,**

dem seien nachstehende Mitteilungen zur Beachtung empfohlen:

Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichüchtigen Tochter und an einer fränkischen schwachen Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Lamfcheider Stahlbrunnen geworden. — Ich bin 1 1/2 Jahr sehr krank gewesen. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. **Und doch, wie schnell kam meine Gesundheit wieder.** — Ich hatte fürchterliches Reizen in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte und große nervöse Magen- und Darmbeschwerden. Mißstimmung und Verdrüßlichkeit brachten mich so weit, daß ich die Lust an Leben verlor. Nach Verbrauch dieses köstlichen Lamfcheider Stahlbrunnens ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gehe gestärkt, mache leichte Gartenarbeit und schlafe ausgiebig. Bitte nehmen Sie Notiz in unbeschränktem Maße zum Wohle der leidenden Menschheit. — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfahren, Anwendungsgebiet und Bezug des Brunnens kostenlos durch: Lamfcheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O 99.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.**

Sonnabend, den 21. Juni, in den Gesamträumen der „Neuen Welt“, Hasenheide 103-114:

**JOHANNISFEST.**

Gartenöffnung 1 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

**Doppelkonzert :: Spezialitäten :: Feuerwerk :: Festball.**

Im großen Saal: Pünktlich 7 Uhr: **Festrede :: Vokal- und Instrumentalkonzert.**

Kinderspiele von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr und 4 bis 5 Uhr (unter Leitung des Turnvereins „Fichte“).

Eintrittskarten a 30 Pf. sind an der Kasse zu haben.

247] Die Vergnügungskommission.

**Mitgliedschaft Chemnitz, V. d. D. B.**

Sonnabend, den 21. Juni, abds. 8 Uhr, im Gesellschaftshaus „Thalia“, Sonnenstr. 42:

**Johannisfeier** verbunden mit Ehrung von sieben Verbands-jubilaren und 25jährigem Bannerjubiläum.

Festredner: Kollege Hugo König aus Halle.

Sonntag, den 23. Juni (Abfahrt 1 Uhr 26 Min. vom Hauptbahnhof):

**Familienausflug nach Park Herrenhaide**

mit anschließendem Tanzchen. 242

Zu diesen Veranstaltungen ladet die gesamte Kollegenschaft höflichst ein Der Vorstand.

**Graphische Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S.,**  
Glauchauer Straße 71d. :: :: :: [885] :: :: :: Multiplizierte Graphische Anzeiger umsonst!

**Ein jüngerer Azidenzseher**  
findet zum 3. Juni Stellung. Werte Offerten mit Gehroben an August Baumann, 3 eigs. erbeten.

**Rotationsmaschinenmeister**

zur selbständigen Bedienung einer Augsburger Prüfungsrotationsmaschine für den Nachtbetrieb zum sofortigen Eintritt nach München gesucht. Er muß mit der Maschine völlig vertraut und in der Lage sein, dem Hüfisse personale vorzuführen.

Werte Offerten mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintritts unter A. B. 235 an die Geschäftsstelle dieses Blatts erbeten.

**Maschinenmeister**

in feinen Azidenz- und Farbendrucke bewandert, findet selbständige, dauernde und gutbezahlte Stellung. Es wollen sich nur Herren melden, welche an ein flintes und lauberes Urteilen gewöhnt sind. Eintritt möglichst sofort.

Wolf & Sohn, Nürnberg, Schoppenhoffstr. 8.

**Galvanoplastiker**

und Stereotypist findet dauernde Stellung in der [235] S. u. h. Hoffschreiberei Doppelbaum in Wien V., Gringasse 16a.

**Geübte Teilerinnen**

finden dauernde Stellung bei der Schriftgießerei Otto Leh, Berlin S 14 Dresdener Straße 109.

**Monotypseher**

mehrjährige Praxis, mit allen Funktionen des Monotypbetriebes vertraut, sucht Stellung. Leipzig bevorzugt. Werte Offerten unter Nr. 24 an die Geschäftsstelle dieses Blatts erbeten.

**Galvanoplastiker**

Sucht per sofort anderweitig Stellung, unevent. seine Kenntnisse zu erproben. Werte Offerten erb. auf Postlagerkarte 135, Leipzig I.

**Meisterprüfung betr.!**

Jedem Buchdrucker, welcher die Meisterprüfung ablegen oder sich etablieren will, empfehle ich das soeben erschienene **Handbuch zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung im deutschen Buchgewerbe.** Von J. O. Wagner.

Preis des in Leinen gebundenen Exemplars 6 Mk. Das etwa 20 Bogen umfassende Werk behandelt in Frage- und Antwortform den gesamten Prüfungsgang und ist zugleich für jeden die Prüfung ablegenden Buchdrucker ein zuverlässiger Führer und Ratgeber in Buchführung, Kalkulation und Gesetzkunde. Zahlreiche Beispiele, Berechnungen und Abbildungen verleihen dem Werke besondere Wert! Ausführlichen Prospekt versendet gern kostenlos der Verlag Julius Mäser, Leipzig-R. [222]

**Zögern Sie nicht**

bestellen Sie vielmehr sofort Ihr Jahresabonnement auf die „Typographischen Jahrbücher“ 1911 mit **Gratislieferung der Hefte 1-3.** Die „Typographischen Jahrbücher“ sind bei jedem deutschen Buchdrucker als praktisches und billiges Fachblatt bekannt und besonders beliebt, wegen ihrer zahlreichen, dem Setzer und Drucker wertvolle Anregungen bietenden Kunstbelegungen, Berechnungsmuster usw. Preis pro Heft und Monat nur 40 Pf. bei freier Zusendung ins Haus! Bestellen Sie sofort, da der Vorrat der Gratishefte sehr beschränkt. Jede Buchhandlung sowie der Verlag Julius Mäser, Leipzig-R., nehmen Bestellungen an. [228]

**Stotternde,** welche sich ohne Besuch einer Anstalt, ohne Lehrer usw. mit Sicherheit selbst heilen wollen, erhalten für nur 3 Mk. Das Werk über meine neu entdeckte, überaus einfache Heilweise, welche nach praktischen Erfahrungen zur Selbstheilung auch des schwersten Stotterns bei Erwachsenen wie auch bei Kindern ausgearbeitet ist. Stotternde wie auch Eltern leidender Kinder sollten diese günstige Gelegenheit benutzen. Ad. Rumpfkell, Sprachheilanstalt, Hameln 5. [248]

**Charaktervolle,** äußerst schöne Handschrift wird durch das fähm. bekannte neuartige Verfahren „Express“ aus F. Rumpfkells Lehrmittelverlage, Großberkel 5 (Hannover), erlangt. [268] Preis nur 90 Pf.

**Technikum für Buchdrucker**

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerbesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungsprospekt für die Meisterprüfung. — Man verlange Prospekt.



Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen.

**Jonass & Co.**  
Berlin D. 407.  
Belle-Alliance-Strasse 3

Vertragslieferanten vieler Beamtenvereine, liefern auf **bequeme Teilzahlung.** Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

797] Neu!

**Spazierstöcke**  
(siehe Gegenüber)

mit geschnittenem Buchdruckerwappen pro Stück 3 Mk. Mit Monogramm oder Namen 50 Pf. mehr. Zu beziehen von [251] W. Gertel, Eisenberg (S.-A.), Mittelgasse 3.

Freitag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Vortrag. Ausstellung der Hamburger Lehrlingsprüfungsarbeiten. [248]

**Johannisfestdrucksachen**

Austausch vermittelt prompt und sachgemäß  
Leipzig-Reudnitz **Küttner Stigsmundstr. 8.**

Für Johannisfeste geeignete Gutenberg-Ansichtskarten in gediegener Ausstattung, 100 Exempl. gemischt für 4,50 Mk. portofrei gegen Voreinsendung des Betrags liefert Kollege A. M. Watzulik, Altona, S.-A.

**Lohnenden Lebensversicherung**  
(ohne Kapital) vergibt nach allen Orten an Kollegen Verbandshaus **Sunowitz**, Berlin: Wilmersdorf, Kaiserallee 173a. [245]

Der Schriftgießer **Georg Häbich** aus Rothburg, bereits unbekannter Rufenschrifts, wird von den Kollegen der Kgl. Hofbuchdruckerei Ratzer & Gannay in München aufgefordert, die Beweiste Hingegenheit zu regeln, andernfalls weitere Schritte unternommen werden. [241]

**Todesanzeige.**

Nach langem Leiden an der Lungen-tuberkulose verstarb am 18. Juni unser wertest Mitglied, der Setzer **Karl Schappel** aus Frankfurt a. M., im 84. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! [262] Bezirk Frankfurt a. M.

**Ewald Nagel**

Am 15. Juni verschied nach längerem Leiden in Briesg unsehr lieber Bezirkskollege, der Setzer **Ewald Nagel** aus Ohlau, im Alter von 85 Jahren. Ehre seinem Andenken! [240] Bezirk Neißa.

**Anhang zum Tarife** von Konrad Stidler. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. näre sowie Georg Lübbich, Leipzig, Salomonstraße 3, entgegen.